

Arbeitsmitteln wie der Erbkartei oder auch den Röntengeräten, um den gesetzlichen Vorgaben zu genügen. Drittens schließlich das Engagement der leitenden Beamten und Ärzte, überzeugten Anhängern der Fundamentalgesetze des völkischen Staates, die Kriterien der „Würdigkeit“ in ihrem Verantwortungsbereich zur Geltung zu bringen. Wer danach nicht würdig war, staatliche Leistungen zu genießen, sich fortzupflanzen, eine Ehe zu schließen oder gar zu leben, wurde entrechtet, entmannt, entmündigt, schlimmstenfalls den Tötungszentren überlassen.<sup>220</sup>

Nicht allein weil Wohlfahrts- und Gesundheitsamt beide der Verwirklichung der nationalsozialistischen Rasseutopie zuarbeiteten, fallen die Gemeinsamkeiten zwischen ihnen ins Auge. Strukturelle Parallelen bestanden inhaltlich, methodisch und organisatorisch. Institutionell änderte sich wenig, betrachtet man lediglich Art und Anzahl der Abteilungen sowie das leitende Personal. Wo neue Einrichtungen wie die Tagesheime oder die Abteilung für Erb- und Rassepflege entstanden, bildeten sie allerdings die Brennpunkte der Zuteilung oder Verweigerung von Lebens- und Entwicklungschancen. Doch auch die vorhandenen Strukturen nahmen flexibel die neuen Inhalte und Zielsetzungen auf wie ein Schwamm. Unter den alten Bezeichnungen arbeiteten die Gesundheits- und Fürsorgeeinrichtungen als engmaschiges Netz bevölkerungspolitischer Selektionsstellen. Obwohl es sich dabei zum größten Teil um Auftragsverwaltungsarbeiten handelte, setzte die Stadtverwaltung ihren Ehrgeiz daran, für den Staat Hitlers zu brillieren. Der dazu nötige politische Wille der Stadtverwaltung auch unterhalb der nationalsozialistisch umbesetzten Leitungsebene manifestierte sich in schriftlich fixierten Dienst-anweisungen, Kooperationsabkommen mit den Einrichtungen der Partei und in bewussten Vorgriffen auf gesetzliche Regelungen. Hier arbeitete die Stadtverwaltung mit höchstem Eifer und aus Überzeugung dem „Führer“ entgegen.

## 2. Zwischen Wohnungselend und Prachtstraße: das kommunale Bauwesen

Auf kaum einem Feld kommunaler Politik kreuzten sich so viele Interessen, Erwartungen, Zwänge, Wünsche und Abhängigkeiten wie im Bauwesen. Seine Zweige reichten in nahezu jedes andere kommunale Verwaltungsgebiet hinein. In vielfältiger Weise lud sich das Bauen im Nationalsozialismus mit politischen Funktionen auf. Untrennbar waren die Reichsautobahnen mit der „Arbeits-schlacht“ propagandistisch verschränkt, um nur ein Beispiel zu nennen. Schon allein deswegen spitzten sich hier die strukturell angelegten Konflikte zwischen Reich und Gemeinde zu. Aber auch andere NS-typische Gegensätze wurden durch den enormen Problemdruck vor allem wegen der Wohnungsnot gleichsam katalysiert. Die Stadtverwaltung zahlte den Preis dafür, dass das Reich den Woh-

<sup>220</sup> Eine Frau, der das Gesundheitsamt wegen ihrer Abstammung (ihr Vater kam aus Kamerun) 1940 die Eheerlaubnis verweigert hatte, musste sich ein halbes Jahr später sterilisieren lassen. Vgl. Gernot Römer, *Die grauen Busse in Schwaben. Wie das Dritte Reich mit Geisteskranken und Schwangeren umging*, Augsburg 1986, S. 12–18.

nungsbau zwar propagandistisch pompös inszenierte, zugleich jedoch andere ökonomische Weichenstellungen nach ideologischen Prioritäten vornahm. Statt Wohnungen wurde der Westwall gebaut, die öffentlichen Mittel flossen nicht in die Förderung von Eigenheimen, sondern bereiteten die Eroberung fremden Lebensraumes vor.<sup>221</sup>

### *Wohnungsnot und Kleinsiedlungsbau*

In Augsburg grassiert das Wohnungselend schlimmer als in den meisten bereits übel betroffenen Großstädten. So argumentierte Steinhauser, dem seine profunden Kenntnisse und organisatorischen Fähigkeiten 1939 den Weg nach Berlin zur DAF ebneten, wo er in den engsten Mitarbeiterkreis Robert Leys vorstieß.<sup>222</sup> Hinsichtlich der Lagebeurteilung sah er sich mit Kreisleiter Schneider einig, dem in seinen Berichten an Wahl mit der Zeit die Superlative ausgingen.<sup>223</sup> Tatsächlich sah es in anderen Großstädten kaum besser aus als in der schwäbischen Gauhauptstadt. Als die Nationalsozialisten in Augsburg das Ruder an sich rissen, hatte sich bereits ein erheblicher Wohnungsbedarf angestaut. 245 Familien waren obdachlos, über 6000 Alleinstehende, Ehepaare und Familien hatten keine eigene Wohnung, lebten also bei Verwandten und Freunden, und weitere 4000 wollten aus baufälligen oder überbelegten Wohnungen ausziehen.<sup>224</sup> Durch Ehestandsdarlehen, deren Tilgungssumme sich nach der Geburt eines Kindes jeweils um 25% verringerte – man nannte das etwas despektierlich „abkindern“ – und infolge des mehr und mehr einsetzenden Wirtschaftsaufschwunges wuchs dieser Bedarf schneller, als der Wohnungsbau Schritt halten konnte. „Ausgerechnet der größte innenpolitische Erfolg der Diktatur gebar das wichtigste soziale Problem in Deutschland“, resümiert Karl Christian Führer diesen Zusammenhang.<sup>225</sup> In den ersten fünf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft heirateten in Augsburg im Schnitt fast 2000 Paare pro Jahr. Gleichzeitig kamen im Jahresdurchschnitt nur 776 Wohnungen zum bereits vorhandenen Bestand hinzu.<sup>226</sup> In erster Linie ging dieser nur schwache Zuwachs darauf zurück, dass die öffentlichen Förderinstru-

<sup>221</sup> Vgl. dazu die Studie von Tilman Harlander, *Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus*, Basel u.a. 1995.

<sup>222</sup> Zunächst führte Steinhauser im Frühjahr 1939 eine Reorganisation des Reichsheimstättenamtes durch, dessen Leitung er übernahm. 1941 betraute Ley ihn mit der Führung einer Abteilung in seinem Stab als Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau. Schließlich sank sein Stern ab Ende 1942 mit dem des Heimstättenamtes wieder; ebd., S. 143, 210 u. 272.

<sup>223</sup> So schrieb Schneider beispielsweise im Herbst 1940: „Die Wohnungsnot wie sie in Augsburg besteht ist wohl durch nichts mehr zu übertreffen“; StAA NSDAP Gauleitung von Schwaben Nr. 1/19, Politischer Lagebericht, 10. 9. 1940.

<sup>224</sup> StdAA 45/997, Statistisches Amt an Abt. VIII, 26. 7. 1934. Die Zahlen geben den Stand der Wohnungszählung vom 31. 12. 1932 wieder.

<sup>225</sup> Karl Christian Führer, *Anspruch und Realität. Das Scheitern der nationalsozialistischen Wohnungsbaupolitik*, in: VfZ 45 (1997), S. 225–256, hier S. 230.

<sup>226</sup> StdAA 45/980, Stoeckle an BayStMWi, 26. 1. 1934, Mayr an BayStMWi, 10. 1. 1935 u. 31. 1. 1936, Steinhauser an BayStMWi, 27. 1. 1937 u. 25. 1. 1938.

mente zu kompliziert, unattraktiv und restriktiv waren, um einen privaten Bau-boom auszulösen.<sup>227</sup> Zwischen 1933 und 1937 sackte der Anteil der von privaten Bauherren in Augsburg errichteten Neubauten von 72,3 auf 32,7% ab. Parallel dazu vervierfachte sich die Quote der Wohnungen, die die Stadt selbst oder die von ihr betriebene Wohnungsbaugesellschaft baute, von 14,7 auf 57,1%. Allerdings erreichte der Reinzugang insgesamt, also die neu erbauten Wohnungen abzüglich der durch Umwandlung oder Abbruch verloren gegangenen, zu keinem Zeitpunkt mehr den Spitzenwert von 1929.<sup>228</sup>

Mochten diese Zahlen den Augsburgern auch nicht geläufig sein, die schreiende Wohnungsnot konnte ihnen nicht verborgen bleiben. Die Presse erging sich währenddessen in großspurigen Ankündigungen, die eine baldige Linderung der Not suggerierten. Intern gab sich die Stadtverwaltung wesentlich kleinlauter. In einer als Argumentationsmunition für Bettelbriefe an Staat und Reich gedachten Denkschrift, die Steinhauser 1935 erstellte und 1938 aktualisierte, gab die Stadtverwaltung offen zu, aus eigener Kraft der Wohnungsnot nicht Herr werden zu können. Ganz im Gegensatz zum optimistischen Tenor der Propagandabotschaften räumte der Wohnungsreferent ein, dass sich die Lage seit 1933 sogar noch verschlimmert hatte. Augsburg war nicht im Stande, seine Verpflichtungen zu erfüllen.<sup>229</sup> Seiner dramatischen Lagebeschreibung fügte Steinhauser die warnende Schlussfolgerung gleich hinzu: „Es wäre nicht auszudenken, welche politischen Folgeerscheinungen sich zeigen würden, wenn der Glaube, die Hoffnung und das Vertrauen der betreffenden Volksgenossen auf eine bessere Zukunft im Dritten Reich enttäuscht würde.“<sup>230</sup> Dies waren nicht nur Unkenrufe, die den Zugriff auf die Geldtöpfe der Ministerialbürokratie in München und Berlin erleichtern sollten. In einem Begleitschreiben an seinen Oberbürgermeister versicherte Steinhauser vielmehr, in der Denkschrift keineswegs übertrieben zu haben. Die geschilderten Zustände spiegelten die tatsächliche Lage wider.<sup>231</sup>

Diese verschlimmerte sich in rasantem Tempo. Die Angaben über den Wohnungsfehlbedarf glichen den Pegelständen bei steigendem Hochwasser. Im Herbst 1934 bezifferte Sametschek die Zahl der fehlenden Wohnungen bereits auf 4000. Am Ende des Jahres sprach die Baupolizei von mindestens 5000, und nach gründlichen Untersuchungen legte sich Steinhauser im April 1935 auf 6000 fest.<sup>232</sup> 7000 Wohnungen fehlten in Augsburg im April 1937, und ein weiteres Jahr später aktualisierte Steinhauser die Zahlen seiner Denkschrift auf 8373.<sup>233</sup> Doch auch an

<sup>227</sup> Führer, Anspruch und Realität, S. 240f.

<sup>228</sup> StdAA NL Förg, Denkschrift über das Augsburger Wohnungswesen nach dem Stand vom Mai 1938, S. 34.

<sup>229</sup> Ebd., S. 2 u. 16–20.

<sup>230</sup> StdAA 45/942, Denkschrift über das Augsburger Wohnungswesen nach dem Stand vom April 1935, S. 7.

<sup>231</sup> StdAA 45/948, Steinhauser an Mayr, 4. 6. 1935.

<sup>232</sup> StdAA 45/942, Sametschek an Mayr, 25. 9. 1934; StdAA 45/997, Moritz Adam [AL Baupolizeiamt] an Abt. IX, 7. 12. 1934; StdAA 45/942, Denkschrift über das Augsburger Wohnungswesen nach dem Stand vom April 1935, S. 10.

<sup>233</sup> StdAA 45/981, Herkommer an Ref. 3, 8. 4. 1937; StdAA NL Förg, Denkschrift über das Augsburger Wohnungswesen nach dem Stand vom Mai 1938, S. 32.

dieser Marke hielt die Flut nicht inne; wenige Monate nach Kriegsbeginn waren die Zahlen erneut überholt. Ott korrigierte sie in einer vorsichtigen Schätzung auf mindestens 10 000.<sup>234</sup> Gegen Ende desselben Jahres meldete der städtische Wohnungsnachweis 12 657 wohnungssuchende Familien. Mit 10 000 Wohnungen hätte die Stadt deswegen nur den dringendsten Bedarf gedeckt.<sup>235</sup>

Jahr für Jahr wuchs der Wohnungsmangel also um etwa 1000 an. Statt die Krise zu meistern, verschärfte die NS-Herrschaft in Augsburg das Problem noch. Im Vergleich zu anderen Städten schnitt die schwäbische Gauhauptstadt auch weniger gut ab, als Steinhausers Denkschrift suggerierte. Zwischen 1933 und 1937 belief sich der Reinzugang auf insgesamt 3881 Wohnungen, während er in München bei 17 070 lag. Damit entstanden in der Landeshauptstadt im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl geringfügig mehr Wohnungen.<sup>236</sup> 1938 fehlten dort dennoch über 30 000 Wohnungen, ein Bedarf, der sich auf die Größe der Stadt umgerechnet ebenfalls nur leicht unterhalb dem Augsburger Niveau der Not bewegte.<sup>237</sup> In Mannheim entstanden bis 1937 fast doppelt so viele Wohnungen wie in Augsburg.<sup>238</sup> Ebenfalls erfolgreicher als in Augsburg bekämpfte die Stadtverwaltung in Halle die Wohnungsnot. Immerhin gelang es ihr, den Wohnungsfehlbedarf bis Kriegsbeginn wieder auf den Stand von 1933 hinabzudrücken, nachdem er 1934 zunächst in die Höhe geschwollen war.<sup>239</sup>

Entsprechend den Vorgaben der Reichsregierung setzte die Augsburger Stadtverwaltung zunächst massiv auf den Siedlungsbau. Vorstädtische Kleinsiedlungen sollten den angeblich verderblichen Einflüssen der Großstädte – in den Augen nationalsozialistischer Blut- und Boden-Ideologen waren sie die Brutstätte des Marxismus und führten zu rassischem Substanzverlust<sup>240</sup> – entgegenwirken. Auch Mayr selbst begründete Augsburgs vier große Siedlungsprojekte mit der Absicht, die entwurzelten Städter wieder „mit der heimischen Scholle zu verbinden“.<sup>241</sup> Ähnlich argumentierte Stoeckle 1935 bereits als hauptamtlicher Beigeordneter im DGT.<sup>242</sup> Hinter der ideologischen Fassade standen indessen handfeste Zwänge und Interessen. Da die Stadt alleine nicht imstande war, das himmelschreiende Wohnungselend auch nur zu lindern, griff sie begierig nach jeder Fördermöglichkeit, die Staat und Reich boten.

Das prestigeträchtigste Projekt ging auf eine Initiative Wahls zurück. Am 11. April 1934 rief der Gauleiter die schwäbische Bevölkerung zu einer Spende für

<sup>234</sup> StdAA 45/943, Ott an Sametschek, 5. 2. 1940.

<sup>235</sup> StdAA 45/980, Rohmeder an das Luftgaunachrichtenregiment 7, 22. 10. 1940.

<sup>236</sup> Zahlen für München: Haerendel, Kommunale Wohnungspolitik, S. 190. In München lebten am 16. Juni 1933 735 388 Menschen, in Augsburg 176 575; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934, S. 8–10. Demnach entfielen in München auf eine neu erstellte Wohnung 43 Personen, in Augsburg hingegen 45,5.

<sup>237</sup> Haerendel, Kommunale Wohnungspolitik, S. 193.

<sup>238</sup> Nämlich 8006 gegenüber 4120; Vb. Mannheim 1933–1937, S. 114.

<sup>239</sup> Vgl. Vb. Halle 1938, S. 132. Allerdings konnte danach auch Halle einen Anstieg auf etwa 5000 nicht verhindern; Vb. Halle 1939, S. 149.

<sup>240</sup> Klaus Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindlichkeit, Meisenheim 1970.

<sup>241</sup> Mayr (Hg.), Fünf Jahre Aufbau, Bd. 1, S. 102 u. 108 (Zitat).

<sup>242</sup> Vgl. seine Ausführungen auf einer Tagung des Internationalen Wohnungskongresses in Prag; Harlander, Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine, S. 70 f.

ein großes Siedlungswerk auf. Mit dem Erlös wollte er den Wohnungsbau vor allem in den ärmsten Gegenden Schwabens fördern, insbesondere im Donaumoos, wo er bei einem Besuch „Höllens des Elends und des Jammers“<sup>243</sup> zu Gesicht bekommen hatte. Die ganze Aktion war symbolträchtig platziert: Unmittelbar nach Abschluss des Winterhilfswerks 1933/34 standen die Menschen noch frisch unter dem Eindruck der Segnungen des „Sozialismus der Tat“. Andererseits stand mit dem Führergeburtstag einer der höchsten regimespezifischen Feiertage vor der Tür. 1934 fiel er auf einen Freitag. Ab dem darauf folgenden Sonntag klopfen die Blockwarte an die Türen der „Volksgenossen“, um sie um einen Geldbetrag anzugehen, „der eines wahren Nationalsozialisten würdig ist“<sup>244</sup>. Jeder Spender erhielt eine Urkunde und sein Name wurde in der Presse veröffentlicht – Formen des Lobes, die seit den WHW-Spendenabzeichen und, negativ gewendet, durch die Anprangerung von ins KZ Eingewiesenen ebenfalls eingespielt waren.<sup>245</sup> Das Ergebnis konnte sich sehen lassen: Rund eine halbe Million Mark erbrachte die „Karl-Wahl-Spende“. Für die 900 000 Einwohner zählende strukturschwache Region bedeutete dies zu einem Zeitpunkt, da die Arbeitslosigkeit noch längst nicht überwunden war, einen herausragenden Erfolg. Darin konnte sich vor allem einer sonnen: Gauleiter Wahl. Sein Prestige und seine Popularität wuchsen enorm an. Gleichzeitig gab er der Partei eine neue Aufgabe, deren Energien man nicht brachliegen lassen durfte, wie ihn die gefährliche Episode der Sonderkommissare gelehrt hatte.<sup>246</sup> Drittens festigte der Propagandacoup seine gerade zu diesem Zeitpunkt akut gefährdete politische Position.<sup>247</sup>

Es war also keineswegs Mitleid angesichts des Wohnungselends allein, das den Gauleiter antrieb, wenn man ihm dieses Motiv auch nicht absprechen kann. Geschickt verstand er es, Gemein- und Eigennutz zu verbinden, ohne freilich nach außen aus der Rolle des bescheidenen Wohltäters heraus zu fallen. Intern machte er der Stadtverwaltung Druck, das größte aus dem Spendentopf geförderte Siedlungsprojekt nicht zu verzögern, das vor den Toren der Gauhauptstadt entstehen sollte. Sein Siedlungsbeauftragter, Ratsherr Hans Geßwein, den Wahl zum Geschäftsführer der Spendenverwaltung ernannt hatte, mahnte nach mehreren Vorbesprechungen den schleunigsten Baubeginn an.<sup>248</sup> Außerdem drückte Geßwein Wahls Erwartung aus, dass die Stadt sich mit einem namhaften Betrag an der Siedlung beteiligen werde. Bislang hatte die Stadt zugesichert, den Bauplatz kostenlos

<sup>243</sup> *Neue National-Zeitung*, 12. 4. 1934.

<sup>244</sup> Ebd.

<sup>245</sup> Wegen der zu erwartenden hohen Spendenbeteiligung mussten gerade diejenigen auffallen, die nichts gaben; indirekt wirkte deshalb die ehrende Nennung der Spender vor allem als Ächtung der Verweigerer.

<sup>246</sup> Siehe oben S. 65–71.

<sup>247</sup> Dieses Motiv erhält durch den zeitlichen Zusammenhang besonderes Gewicht. Erstmals erfuhr Wahl auf der „letzten Gauleitertagung“ von der drohenden Auflösung Schwabens als eigenständiger Parteigau; BA NS 22/273, Ley an Wahl, 28. 4. 1934. Eine Sondertagung fand am 20. April statt; Moll, Steuerungsselemente, S. 227. Auch die Ernennung zum Regierungspräsidenten schwebte zu diesem Zeitpunkt noch (siehe oben S. 70f.).

<sup>248</sup> StdAA 50/1121, Geßwein an Stoeckle, 24. 8. 1934. In den beiden vorausgegangenen Sitzungen ging es um Anzahl der Wohnungen bzw. Häuser und vor allem deren Finanzierung.

bereitzustellen und ein Darlehen von 50000 RM aufzunehmen. Sowohl Mayr als auch Stoeckle sträubten sich gegen ein weiter gehendes finanzielles Engagement, denn nur bis zu dieser Grenze deckten die erwarteten Mieteinnahmen die Zins- und Tilgungszahlungen. Stoeckle lehnte es sogar rundweg ab, dass die Stadt sich für die Siedlung zusätzlich verschuldete.<sup>249</sup> Doch die Rahmenbedingungen wurden ihnen vom Gauleiter diktiert. Wahl begrenzte die Höchstmiete auf 33 RM und gewährte einen Zuschuss aus dem Kapital der mittlerweile in eine Stiftung eingeflossenen Spende von 180000 RM. Davon sollten 20 Geschosswohnungen und weitere 39 Einfamilien- bzw. Doppelhäuser errichtet werden.<sup>250</sup>

Der Stadtratsbeschluss, den Stoeckle und Mayr vorlegten, billigte das Gesamtprojekt, beschränkte die Zahlungsanweisung für die Stadtkasse zunächst jedoch auf das Geld aus der Karl-Wahl-Stiftung.<sup>251</sup> Dahinter stand der Versuch, vorerst nur einen Bauabschnitt von 20 Geschosswohnungen und zehn Einzelhäusern fertig zu stellen, um doch noch um eine höhere Verschuldung herumzukommen. Aber die Stadt hatte die Rechnung ohne den Gauleiter gemacht, der wild entschlossen war, sich von nichts und niemandem aufhalten zu lassen und beständig zur Eile trieb.<sup>252</sup> Auch an dieser Stelle zeigte sich, dass das lokale Interesse an der schnellen Durchführung des Projektes in Kombination mit dem politischen Gewicht des Gauleiters ausreichte, um polykratische Störfeuer von außen wirksam abzuwehren.<sup>253</sup> Die Stadtverwaltung ergab sich in ihr Schicksal und nahm offenbar schwierige Hypothekenverhandlungen auf, um die nötigen 310000 RM aufzubringen. Inzwischen musste die Stadtkasse das Geld vorschießen, nachdem die 180000 RM aufgebraucht waren.<sup>254</sup> Am Ende schulterte die Stadt rund Dreiviertel der Kosten für das ambitionierte Projekt, das längst nicht mehr „Siedlung des Volkes“, sondern nur noch „Karl-Wahl-Siedlung“ genannt wurde.<sup>255</sup>

Die Presse lobte die Siedlung schon vor dem ersten Spatenstich in den höchsten Tönen. Zweieinhalb Wochen vor Baubeginn schwärmte die *Neue National-Zeitung*: „49 Familien werden aus der ungesunden Enge der Lechviertel hinausverpflanzt an den Rand des Siebentischwaldes, wo bodenverbunden und naturnah

<sup>249</sup> Ebd., Vormerkung Sametschek, 20. 8. 1934; Stoeckle an Mayr, Sametschek und Steinhauser, 3. 9. 1934.

<sup>250</sup> Ebd., Vormerkung Sametschek, 1. 9. 1934.

<sup>251</sup> StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrats 1934, Sitzung vom 18. 9. 1934, Beilage 31.

<sup>252</sup> StdAA 50/1121, Vormerkung Sametschek, 2. 10. 1934. Wahl blockte die Widerstände des Reichsluftfahrtministeriums und des Heimstättenamts der NSDAP ab. Görings Behörde fürchtete, dass vom Bauplatz aus der nahe gelegene Flugplatz eingesehen werden könne, während das Heimstättenamt verärgert war, dass die Siedlung ohne Berücksichtigung seiner gerade erlassenen Richtlinien gebaut wurde. Vgl. ebd., Stoeckle an den Beauftragten des Luftfahrtamtes, 2. 10. 1934; Wahl an die Geschäftsführung des Siedlungsbeauftragten beim Stellvertreter des Führers [Abschrift], 2. 10. 1934.

<sup>253</sup> Vgl. zum Heimstättenamt in dieser Phase Harlander, Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine, S. 67, der nicht weniger als zehn konkurrierende Akteure und Institutionen auf dem Gebiet des Wohnungswesens auflistet; ebd., S. 11.

<sup>254</sup> StdAA 50/1121, Mayr an Stadtkämmerei, 8. 4. 1935; Mayr an Stadthauptkasse, 24. 7. 1935.

<sup>255</sup> Vgl. Mayr (Hg.), Fünf Jahre Aufbau, Bd. 1, S. 105.



Abb. 5: Karl-Wahl-Siedlung (1937)

ein neues Geschlecht stark und frei heranwachsen kann.“<sup>256</sup> Die Augsburger konnten in Wort und Bild mitverfolgen, wie die Siedlung in kürzester Bauzeit aus dem Boden gestampft wurde. Diese Berichterstattung musste Begehrlichkeiten wecken. „Schon heute erkennt man, daß es sich hier einmal herrlich wohnen läßt“, hieß es, als die ersten Rohbauten standen.<sup>257</sup> Beim Richtfest bezeichnete der frisch gebackene Oberbürgermeister die Anlage als „das schönste Siedlungswerk der Stadt Augsburg“. <sup>258</sup> Sametschek hob die aufgelockerte Stellung der einzelnen Häuser zueinander hervor. In der Tat war die Siedlung ein Schmuckstück. Die Häuser waren solide ausgeführt und deutlich größer bemessen als die gleichzeitig an den Stadträndern entstehenden Kleinsiedlungsbauten. Dafür hatte man die Gärten auf maximal 300 m<sup>2</sup> begrenzt. Anders als auf den Siedlerstellen mussten die Städter also nicht als Kleintierzüchter oder Möchtegernlandwirte dilettieren, um in den Genuss von familienfreundlichen Wohnverhältnissen zu kommen.<sup>259</sup>

<sup>256</sup> *Neue National-Zeitung*, 27. 9. 1934.

<sup>257</sup> *Ebd.*, 20. 11. 1934.

<sup>258</sup> *Münchener Neueste Nachrichten*, 17. 12. 1934.

<sup>259</sup> Die Bewohner der Siedlung Hammerschmiede kamen mit diesen Tätigkeiten nicht zurende, da die eigens aufgestellten Fachberater für Hühner-, Kaninchen-, Ziegenzucht und Gartenbau zu wenig Zeit hatten, um die Siedler praktisch anzuleiten; StdAA 50/1857, Erfahrungsbericht über die Siedler in der Hammerschmiede, 6. 3. 1938.



Abb. 6: Siedlung an der Hammerschmiede (1938)

Dank der großzügigen Subventionierung lagen die Mieten traumhaft niedrig. Nirgends in Augsburg bekam man eine vergleichbare Wohnqualität zu derart günstigen Konditionen. Als die 59 Häuser bzw. Wohnungen fertig gestellt waren, rissen sich die Bewerber darum. 402 Familien baten um Aufnahme.<sup>260</sup>

Mochte die Stadtverwaltung die Siedlung auch als einen Erfolg verbuchen, der von der Presse als „das Geburtstagsgeschenk des Gaues Schwaben an den Führer“<sup>261</sup> gefeiert wurde – letztendlich führte sie die Wohnungsbaupolitik nur besonders eindrucksvoll in die Sackgasse. Eine Wohnstätte in der Vorzeigesiedlung kostete im Schnitt 8300 RM, 66% mehr als die Siedlerstellen am Bärenkeller und in der Hammerschmiede, deren Kosten sich auf jeweils 5000 RM beliefen.<sup>262</sup> Dieses Geld war schlichtweg unökonomisch angelegt. Vor allem jedoch gaben Siedlungen grundsätzlich die falsche Antwort auf die Probleme des Augsburger Wohnungsmarktes. Während Stoeckle Ende 1933 mit Blick auf die geplanten Siedlungen voller Enthusiasmus eine „wesentliche Besserung des Wohnungsmarktes“<sup>263</sup> innerhalb eines Jahres prophezeit hatte, waren die Warnungen Klein-

<sup>260</sup> Trotz der verschärften Auslesekriterien hätten nicht weniger als 366 davon berücksichtigt werden müssen; StdAA 45/942, KrA NSV an Stadtrat, 18. 4. 1935.

<sup>261</sup> *Neue National-Zeitung*, 20. 4. 1935.

<sup>262</sup> Mayr (Hg.), *Fünf Jahre Aufbau*, Bd. 1, S. 103–105.

<sup>263</sup> StdAA 45/942, Stoeckle an den Vorstand des Amtsgerichts Augsburg, 31. 10. 1933.

dinsts untergegangen. Der Kenner der Augsburger Wirtschaftsverhältnisse hatte vorhergesehen, dass nur der Bau von Klein- und Mittelwohnungen sowie Mieterleichterungen für größere Wohnungen den Wohnungsmarkt entlasten würden. Darum bezweifelte er, dass der ansteigende Wohnungsbedarf durch den Bau von Kleinsiedlungshäusern finanziell und räumlich ohne Schwierigkeiten befriedigt werden könnte. Schließlich wollten die meisten Wohnungssuchenden gar nicht siedeln, sondern suchten lediglich ausreichend große und erschwingliche Wohnungen.<sup>264</sup> Zudem waren speziell die Häuser und Wohnungen der Karl-Wahl-Siedlung überdimensioniert. Diesen Fehler sah Steinhauser erst ein, als das Geld bereits ausgegeben war: „Ein einfacher Arbeiter ist ja gar nicht in der Lage, eine derartig große Wohnung zu möblieren.“<sup>265</sup>

Insgesamt errichtete die Stadt bis Ende 1937 an ihrer Peripherie 508 Siedlerstellen. Damit ließ sich zusammengenommen noch nicht einmal der Wohnungsbedarf eines einzigen Jahres stillen. Daher warf die Stadtverwaltung, noch während die vorstädtischen Kleinsiedlungen am Bärenkeller und in der Hammerschmiede gebaut wurden, das Ruder herum. Die Initiative dazu ging von Steinhauser aus. Kurz nachdem er sich mit Sametschek und Mayr auf ein flankierendes Bauprogramm von knapp 300 Wohnungen geeinigt hatte<sup>266</sup>, legte er den Finger auf die Wunde der städtischen Wohnungsbaupolitik. Angesichts der immer krassere Formen annehmenden Wohnungsnot konstatierte er, dass weder die rege Siedlungstätigkeit der Stadt noch der Bau der Behelfswohnungen auch nur annähernd ausreichten, um den laufenden normalen Wohnungsbedarf zu decken. Selbst wenn die Stadt wollte, so könne sie doch das dafür benötigte Bauland nicht bereitstellen, zumal man die Siedlungen in immer größerer Entfernung zur Stadt anlegen und deshalb ungeheure Kostensteigerungen für Erschließung, Zufahrtsstraßen, Versorgungsleitungen usw. in Kauf nehmen müsse. Um die Wohnungsnot zu bekämpfen, führte seiner Ansicht nach kein Weg an billigen Mietwohnungen vorbei. Weil sich private Investoren wegen der minimalen Kapitalerträge dafür nicht interessierten, musste die Stadt einspringen. Steinhauser forderte deswegen nicht weniger als ein kommunales Bauprogramm für 1000 Wohnungen.<sup>267</sup>

Damit vollzog der Wohnungsreferent eine völlige Kehrtwende. Sein Vorschlag lief auf eine Rückkehr zum billigen Massenmietwohnungsbau hinaus. Um die Kosten und damit die möglichen Mieten so niedrig wie möglich zu halten, plädierte er zusammen mit dem Geschäftsführer der städtischen Wohnungsbaugesellschaft dafür, von der bislang favorisierten zweigeschossigen Bauweise abzugehen und stattdessen dreistöckige Gebäude zu errichten.<sup>268</sup> Der Not gehorchend strebte er genau den Typ der Mietskasernen an, der von nationalsozialistischen „Blut-und-Boden-Mystikern“ und Großstadtfeinden als Brutstätte des Marxismus gegeißelt worden war. Diese Linie, die ein Jahr später als in Augsburg auch in Schwerin

<sup>264</sup> StdAA 45/978, Kleindinst an Geschäftsleitung, 15. 3. 1934.

<sup>265</sup> StdAA 50/1121, Steinhauser an Sametschek, 12. 6. 1935.

<sup>266</sup> StdAA 45/996, Sametschek an Mayr, 19. 6. 1935.

<sup>267</sup> StdAA 45/1019, Steinhauser an Ref. 9, 19. 8. 1935.

<sup>268</sup> Ebd., Steinhauser an Mayr, 26. 11. 1935; Hans Lutz [Vorsitzender der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft] an Steinhauser, 14. 1. 1936.

nach dem teuren Scheitern der anfänglichen Siedlungseuphorie Platz griff<sup>269</sup>, setzte Kellner durch, als im Sommer 1936 das bislang größte und erfolgreichste Wohnungsbauprojekt aufgestellt wurde. Es handelte sich um 474 Wohnungen für die Arbeiter der Bayerischen Flugzeugwerke. In der entscheidenden Verhandlungsrunde wischte Kellner gegenüber den Vertretern des Luftfahrtministeriums, des Arbeitsministeriums und des Reichsheimstättenamts alle ideologischen Einwände beiseite: „Man steht jetzt vor der Zwangslage, die Wohnungen schnellstens beschaffen zu müssen. [...] Man muss sich jetzt zunächst dem Geschossbau zuwenden unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Förderung des Siedlungsgedankens.“<sup>270</sup> Auf Reichsebene fand dieser Umschwung erst 1940 statt.<sup>271</sup> Doch auch hinsichtlich der Finanzierung wiesen die Werkswohnungen für den Rüstungsbetrieb in die Zukunft.<sup>272</sup> Die maßgeblichen Entscheidungsträger und Praktiker der Augsburger Wohnungsbaupolitik vollzogen damit bereits sehr früh einen „tendenzielle[n] Wandel vom völkischen Ideal zum technokratischen Realismus“<sup>273</sup>.

Mayr und Sametschek nutzten das Forum der Ratsherrensitzung, um die Planungen öffentlichkeitswirksam zu verkünden. Am 12. November 1935 berichtete Sametschek über Details des „in nächster Zukunft durchzuführenden großzügigen Wohnungsbauprogramms“. Er stellte hunderte Wohnungen und Siedlerstellen in Aussicht. Mayr lobte das „riesige[n] Wohnungsbauprogramm“, aus dem klar zu ersehen sei, dass man die immer noch herrschende Wohnungsnot mit den größten Mitteln bekämpfe.<sup>274</sup> Unter den Tisch fiel dabei, dass die Finanzierung für einen Großteil der Vorhaben noch völlig ungewiss war. Des ungeachtet konnten die Augsburger wenige Wochen später der Zeitung entnehmen, dass bis zum nächsten Frühjahr etwa 400 Wohnungen bezugsfertig sein würden. Vor allem jedoch verkündete der Artikel in großen Lettern das neue Bauprogramm der Stadtverwaltung, „das im Laufe des kommenden Jahres nicht weniger als 1000 neue

<sup>269</sup> Bernd Kasten, Wohnungsbau und Stadtplanung in der Gauhauptstadt Schwerin 1933–1942, in: Bispinck/van Melis/Wagner (Hg.), Mecklenburg-Vorpommern, S. 47–66, hier S. 53 f. Im ganzen Reich deutete sich das Abrücken vom Kleinsiedlungsbau ab 1936 an; Tilman Harlander, Moderne und antimoderne Tendenzen im Wohnungsbau: Das Rheinland zwischen 1933 und 1945, in: Dieter Breuer/Gertrude Cepl-Kaufmann (Hg.), Moderne und Nationalsozialismus im Rheinland. Vorträge des Interdisziplinären Arbeitskreises zur Erforschung der Moderne im Rheinland, München u. a. 1997, S. 467–499, hier S. 471.

<sup>270</sup> StDA 45/1214, Niederschrift über die Besprechung bei der städt. Bauverwaltung Augsburg, 30. 7. 1936.

<sup>271</sup> Am 15. November 1940 erschien der Führererlass über den sozialen Wohnungsbau, das so genannte Grundgesetz des Führers für den Volkswohnungsbau. Vgl. Gerhard Fehl, Typisierter Wohnungsbau im „Dritten Reich“, in: Werner Durth/Winfried Nerdinger, Architektur und Städtebau der 30er/40er Jahre. Ergebnisse der Fachtagung in München, 26.–28. November 1993 des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bonn 1994, S. 74–83, hier S. 77 f.

<sup>272</sup> Die Stadt gab Grund und Boden zu äußerst günstigen Konditionen, die Flugzeugwerke beteiligten sich durch Arbeitgeberdarlehen und das Luftfahrtministerium vermittelte ein Hypothekendarlehen bei der Volksfürsorge.

<sup>273</sup> Ludolf Herbst, Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft, Stuttgart 1982, S. 458.

<sup>274</sup> *Bauzeitung*, 25. 11. 1935.

Wohnungen bringen wird.<sup>275</sup> Derartige Versprechungen standen auf tönernen Füßen. Von Beginn an klappte zwischen den Planzahlen und der Verwirklichung eine enorme Lücke. Das zusätzliche städtische Bauprogramm wurde zwar laufend erweitert, hinkte den Ankündigungen jedoch kontinuierlich hinterher. Am Ende des Jahres war erst ein Drittel der versprochenen Wohnungen bezogen worden.<sup>276</sup> 1937 kamen noch einmal 777 hinzu, 1938 weitere 230 und 1939 erneut 416. Für 1940 hoffte Sametschek auf den Abschluss der laufenden Arbeiten an 254 Wohnungen, während hinter der Ausführung von weiteren 878 ein großes Fragezeichen stand.<sup>277</sup>

Um wenigstens die krassesten Missstände zu lindern, griff die Stadtverwaltung zu Notlösungen. Weil sie kurzfristig – und, wie sich am Ende herausstellen sollte, auch längerfristig – nicht in der Lage war, den steigenden Bedarf an Wohnraum zu befriedigen, setzte sie bei der Verteilung dieses knappen Gutes an. Doch die rechtlichen Möglichkeiten zu Eingriffen in die Wohnungswirtschaft waren begrenzt, weil das Wohnungsmangelgesetz zum 1. April 1933 auslief. Ein gutes Jahr später rief Stoeckle den städtischen Wohnungsnachweis ins Leben.<sup>278</sup> Es handelte sich um eine ortspolizeiliche Vorschrift nach dem Vorbild Bambergs und Münchens.<sup>279</sup> Sie verpflichtete die Vermieter, frei werdende Wohnungen dem amtlichen Wohnungsnachweis zu melden, um den Wohnungssuchenden das größtmögliche Angebot bekannt zu machen. Der Wohnungsnachweis betrieb jedoch keine eigenständige Wohnungsvermittlung. Kurze Zeit darauf lud Stoeckle Vertreter des Wohlfahrtsamts, des Wohlfahrts- sowie des Baureferats und der NSV zu einer Besprechung über die Bekämpfung der Wohnungsnot ein. Darin beschloss die Teilnehmer, dass der Wohnungsnachweis die Wohnungssuchenden in einer nach Dringlichkeit geordneten Liste führen sollte. Außerdem stellten sie erste Leitsätze auf, wie die Stadt künftig mit Obdachlosen und mit „asozialen“ Mietern umgehen wollte. Letztere sollten gesondert erfasst und nur in Baracken oder Notunterkünften untergebracht werden: „Dies wird dadurch ermöglicht, dass in Neubauten und freiwerdende[n] bessere[n] Wohnungen in erster Linie die anständigen und zuverlässigen Familien aus den Barackenvierteln und sonstigen nicht gerade guten, aber immerhin gut bewohnbaren städtischen Häusern eingemietet werden. Die dadurch frei werdenden Wohnungen sind alsdann zu besetzen mit den dringendst zu versorgenden Familien. Es sollen also diese Familien eine Art Bewährungsfrist in den Baracken etc. durchmachen.“<sup>280</sup>

<sup>275</sup> *Neue Augsburger Zeitung*, 20. 12. 1935.

<sup>276</sup> StdAA 45/996, Sametschek an Mayr und Steinhauser, 5. 1. 1937.

<sup>277</sup> Ebd., Sametschek an Mayr und Bobinger, 28. 12. 1939.

<sup>278</sup> StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrats 1934, Sitzung vom 3. 7. 1934, Beilage 16.

<sup>279</sup> StdAA 45/978, Stoeckle an RegSchw, 3. 7. 1934. Die Entstehungsüberlieferung zeigt, dass die Ratsherren zu diesem Zeitpunkt noch durchaus Einfluss auf das Verwaltungsgeschehen nahmen. Die zuständige Kommission des Verwaltungssenats billigte den Entwurf Kleindinsts zwar, setzte jedoch mehrere Änderungen durch, vor allem die Gebührenfreiheit für die Nutzer des Wohnungsnachweises; ebd., Kleindinst an Mayr, 22. 6. 1934.

<sup>280</sup> Ebd., Niederschrift über die Besprechung betreffend Behebung der Wohnungsnot vom 18. 10. 1934 bei Oberbürgermeister Stoeckle.

Der Wohnungsnachweis entpuppte sich jedoch schon bald als Fehlschlag. Obwohl im Amtsblatt regelmäßig ernste Mahnungen an die Hausbesitzer erschienen – 1935 drohte die Stadtverwaltung gar mit Schutzhaft bei schweren Fällen von Mietwucher und unberechtigten Wohnungskündigungen<sup>281</sup> –, befolgten längst nicht alle Vermieter ihre Meldepflicht. Obwohl die Zuständigkeiten des Wohnungsnachweises vor allem ab 1939 signifikant erweitert wurden (so war er für die „Arisierung“ jüdischen Wohnraums zuständig), verwaltete er lediglich den Mangel.<sup>282</sup> Genauso prekär sah es auch in München aus.<sup>283</sup> Daneben unterhielt die Stadtverwaltung eine Wohnungstauschstelle, eine Art schwarzes Brett für Mieter, die aus Kosten- oder sonstigen Gründen ihre Wohnung wechseln wollten. Allerdings meldeten sich vor allem solche Mieter, die eine überbezahlte, halb verfallene oder aus anderen Gründen unattraktive Wohnung gegen eine bessere eintauschen wollten.<sup>284</sup> Weitere Bereiche der Wohnungsfürsorge musste Steinhauser als zuständiger Referent nahezu völlig brach liegen lassen. So existierte zwar eine Wohnungsinspektion, die Jahr für Jahr himmelschreiende bauliche und hygienische Mängel konstatierte. Doch weil die Mieter dieser Elendwohnungen nirgendwo sonst Unterschlupf fanden, wurden solche Behausungen nicht geschlossen.<sup>285</sup> Aus demselben Grund sah Steinhauser sogar von einer Geschäftsordnung für die Wohnungsaufsicht ab. Ähnlich hilflos agierten andere Städte, ohne mehr als punktuelle Erleichterungen bieten zu können.<sup>286</sup>

### *Altstadtsanierung*

Unverkennbar strengte sich die Stadt an, um die Wohnungsnot zu bekämpfen. Augsburg zählte zu den engagierten Städten auf diesem Verwaltungsfeld, was keinesfalls selbstverständlich war.<sup>287</sup> Auch wenn die Stadtverwaltung analog zur NS-Wohnungsbaupolitik scheiterte, verhiieß der Beginn des Siedlungsbaus den Aufbruch in eine bessere Zukunft. Und die Förderung der Kleinsiedlungen war nicht der einzige Ansatz in diesem Kontext. Ein Jahr nach der Machtergreifung ging die Stadtverwaltung ein weiteres, groß angelegtes Projekt an. Die verwinkelte, von zahlreichen als industrielle Abwasserabflüsse genutzten Kanälen durchzogene und völlig zugebaute Altstadt, mit einer Ausdehnung von 226,3 ha die größte in Deutschland überhaupt, sollte saniert werden. Während Augsburg zur Industriestadt angewachsen war, hatten sich die Stadtgrenzen nur unwesentlich ausgedehnt. Weil erst im zweiten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts einige

<sup>281</sup> *Amtsblatt der Stadt Augsburg* 1935, S. 227.

<sup>282</sup> Vgl. StdAA 45/976, Friedrich Rohmeder an [AL Wohnungsnachweis] Ref. 3, 13. 6. 1939; 45/978, Kellner an DGT, 24. 6. 1940.

<sup>283</sup> Haerendel, *Kommunale Wohnungspolitik*, S. 335 u. 340.

<sup>284</sup> StdAA 45/940, Ott an DGT, 29. 10. 1941.

<sup>285</sup> StdAA 45/975, Steinhauser an DGT, 3. 7. 1937.

<sup>286</sup> Vgl. Vb. Halle 1937, S. 99 f.; Vb. Ludwigshafen 1934, S. 64.

<sup>287</sup> Vgl. die Gegenüberstellung bei Karl Christian Führer, *Die Machtlosigkeit des „Maßnahmenstaates“*. Wohnungsmarkt und öffentliche Wohnraumbewirtschaftung, in: Angelika Ebbinghaus/Karsten Linne (Hg.), *Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im „Dritten Reich“*, Hamburg 1997, S. 366–393, hier S. 381 f.

Vororte eingemeindet wurden, suchte sich der enorme Bevölkerungszustrom den benötigten Wohnraum ganz überwiegend innerhalb der Stadtmauern. Infolgedessen stieg die Wohndichte in der Altstadt von knapp 12000 auf rund 20000 Personen pro Quadratkilometer.<sup>288</sup> Die zahlreichen Höfe wurden überbaut, Wohnungen mehrfach geteilt und untervermietet. Weil die Masse der Hausbesitzer nicht vermögend genug war, um die bauliche Substanz der Gebäude zu erhalten, verfiel die Altstadt fortwährend und sank zu einem Elendsviertel herab. Zahlreiche Häuser waren völlig heruntergekommen, ja abbruchreif, die Bewohner hausten in hygienisch unzumutbaren Verhältnissen. Selbst wenn die Baupolizei die Räumung anordnete, konnten die Menschen aus diesen Löchern nicht ausziehen, weil sie schlicht nirgendwo sonst unterkamen. Das statistische Amt schätzte die Anzahl dieser in der Regel überbelegten, licht- und luftarmen Wohnungen auf mindestens 1700. Ohne jeden Zweifel wagte sich die Stadtverwaltung mit der Altstadtsanierung an eine ihrer „brennendsten städtebaulichen und sozialhygienischen Aufgaben“<sup>289</sup> heran, der sich auch jede andere Stadtführung hätte stellen müssen. Die Zusammenhänge von Wohnungselend, Krankheit und sozialem Abstieg waren bereits während der Weimarer Republik intensiv diskutiert worden.<sup>290</sup> Im Kontext der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik und der großspurigen Versprechungen der Volksgemeinschaftspropaganda gewann die Altstadtsanierung eine politische Dimension, wie Mayr betonte: „Wenn wir die völkischen Grundsätze und Ziele des Nationalsozialismus verwirklichen wollen, dann dürfen wir uns nicht mit der Schaffung gesunder Neubauwohnungen und Siedlungen begnügen, sondern müssen auch mit der systematischen Aufschließung der Altstadt Ernst machen. Die Bevölkerung erwartet gerade in dieser Hinsicht sehr viel von uns.“<sup>291</sup>

Wahls Spendenaktion im April 1934 rückte dieses Problem ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Um die Geldbeutel der sparsamen Schwaben zu öffnen, appellierte der Gauleiter mit ausführlichen Bildberichten in der Augsburger Lokalpresse über die Augsburger Elendsviertel an ihr Mitgefühl. Außer dem obligaten Spendenappell lautete die Botschaft: „Das werden wir ändern!“<sup>292</sup> Allerdings floss keine Mark des Erlöses in die Sanierung der Altstadt. Die Stadtverwaltung musste von sich aus handeln, um die von der Parteipresse hochgespannten Erwartungen der Bevölkerung nicht zu enttäuschen. Eine Anregung dazu hatte Sametschek bereits einen Monat zuvor gegeben, nachdem er in Berlin einen Vortrag zu dem

<sup>288</sup> StdAA NL Förg, Denkschrift über das Augsburger Wohnungswesen nach dem Stand vom Mai 1938, S. 5.

<sup>289</sup> StdAA 45/942, Bericht Herkommers, 7. 12. 1934.

<sup>290</sup> Vgl. Marianne Rodenstein/Stefan Böhm-Ott, *Gesunde Wohnungen für gesunde Deutsche. Der Einfluß der Hygiene auf Wohnungs- und Städtebau in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“*, in: Gert Kähler (Hg.), *Geschichte des Wohnens*, Bd. 4, Stuttgart 1996, S. 453–555, hier v.a. S. 466–501.

<sup>291</sup> StdAA NL Förg, Denkschrift über die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Stadt Augsburg, 1. 3. 1937, S. 33.

<sup>292</sup> Vgl. *Neue National-Zeitung*, 17. 4. 1934 und *Neue Augsburger Zeitung*, 19. 4. 1934. Das Material für diese Veröffentlichungen hatte die Stadtverwaltung selbst liefern müssen; vgl. die Schreiben Seilers an seine Ermittlungsbeamten vom 12. 4. 1934 und deren erschütternde Antworten; sämtlich in StdAA 45/942.

Thema gehört hatte.<sup>293</sup> Angesichts der immer noch prekären Haushaltslage und weil die staatlichen Wohnungsbauförderprogramme für die Sanierung vorhandener Häuser nicht in Anspruch genommen werden konnten, musste die Stadt versuchen, an Sonderfördermittel zu gelangen. Im Mai verhandelte Mayr deswegen mit keinem Geringeren als dem Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Fritz Reinhardt, dem Namensgeber der beiden großen Arbeitsbeschaffungsprogramme der Regierung Hitler.<sup>294</sup> Dabei erfuhr er, dass das Reich in der Tat Mittel für die Altstadtsanierung bereitgestellt hatte, die kurz vor der Aufteilung stünden.<sup>295</sup> Eile tat also Not. Wenn Mayr jedoch geglaubt hatte, mit dem direkten Vorstoß in Berlin eine Art finanzielles Husarenstück für Augsburg vollbringen und klammheimlich besondere Zuwendungen für die Gauhauptstadt erbeuten zu können, so täuschte er sich. Der Weg zum Geld führte über München. Die Beamten des Staatsministeriums für Wirtschaft waren zwar bereit, Augsburg teilhaben zu lassen, aber sie stellten nur ein kleines Kuchenstück in Aussicht. Die Stadtverwaltung hatte von einer Million Reichsmark geträumt. Von den insgesamt 16 Millionen RM des Reichsfonds für das Rechnungsjahr 1934 flossen 1,2 Millionen nach Bayern, und um diesen Betrag musste sich Augsburg als Nachzügler mit München, Nürnberg, Bamberg und Coburg streiten, die bereits millionenschwere Förderanträge gestellt hatten.<sup>296</sup>

Das Ergebnis dieser Verteilungskämpfe enttäuschte die Stadtverwaltung auf der ganzen Linie. Ganze 200 000 RM, ein Fünftel dessen, was sich die Stadt erträumt hatte, sollten Augsburg zugute kommen. Damit, so argumentierte ein empörter Mayr gegenüber einem Beamten des Reichsfinanzministeriums, könne gar nichts begonnen werden.<sup>297</sup> Der sah dies ähnlich und hielt die doppelte Summe für erforderlich. Doch abgesehen von Verständnis und schönen Worten brachten Mayr seine Bittbriefe und Verhandlungen nichts ein. Weder in Berlin noch in München drangen die Wünsche der Stadtverwaltung wirksam durch. Um aber wenigstens die kärglichen Mittel, die das Staatsministerium zugesagt hatte, in Anspruch zu nehmen, beschlossen Stoeckle, Mayr und Sametschek, einen Anfang zu machen. Die Pläne für einen Straßendurchbruch, den Abbruch und teilweisen Neubau von

---

<sup>293</sup> Zu diesem Zeitpunkt kam das Thema gerade erst auf. Insgesamt 76 Städte beteiligten sich während der NS-Herrschaft am Altstadtsanierungsprogramm. Bis 1934 hatten davon erst 17 Fördermittel beantragt. Vgl. die Tabelle bei Folkert Lüken-Isberner, *Das Programm zur (Alt-)Stadtsanierung im Nationalsozialismus*, in: Ders. (Hg.), *Stadt und Raum 1933–1949. Beiträge zur planungs- und stadtbaugeschichtlichen Forschung II*, Kassel 1991, S. 23–43, hier S. 29.

<sup>294</sup> Reinhardt hatte 1928 für einige Monate den Gau Oberbayern und Schwaben geleitet, bevor Schwaben unter Wahl einen eigenständigen Gau bildete; Roth, *Kreisleiter*, S. 34. Es liegt nahe, dass Mayr ihn persönlich kannte, bevor Reinhardt zum Vertrauensmann Hitlers und bestimmenden Kopf im RMF aufstieg. Reinhardt selbst zog es nach seiner Entnazifizierung nach Schwaben zurück: Er ließ sich 1950 als Steuerberater in Bad Wörishofen nieder. Vgl. Andreas Schöpf, *Fritz Reinhardt*, in: Martin Friedenberger/Klaus-Dieter Gössel/Eberhard Schönknecht (Hg.), *Die Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus*, Bremen 2002, S. 253–259.

<sup>295</sup> *StdAA* 45/26, Mayr an Sametschek, 18. 5. 1934.

<sup>296</sup> *Ebd.*, Sametschek an Stoeckle, Mayr und Steinhauser, 19. 7. 1934.

<sup>297</sup> *Ebd.*, Vormerkung Mayr, 1. 10. 1934.

sechs Wohnhäusern lagen bereit. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 575 000 RM. Ein ähnliches Teilprojekt in der Größenordnung von einer Million RM musste vorerst zurückgestellt werden, sollte aber in den Verhandlungen mit dem bayerischen Wirtschaftsministerium weiter als Druckmittel Verwendung finden.<sup>298</sup>

Zu diesem Zeitpunkt rechnete die Stadtverwaltung noch damit, dass der Straßendurchbruch an der Ecke Milchberg/Margarethenstraße erst den Anfang der viel umfassender gedachten Sanierung bedeutete. Sametschek zog einen Verwaltungsbeamten, einen Architekten und einen Zeichner aus den ihm unterstehenden Abteilungen heraus und fasste sie zu einer eigenen Dienststelle zusammen, dem Büro für Altstadtsanierung.<sup>299</sup> Ein Beamter unternahm eine Dienstreise nach Frankfurt, Kassel und Braunschweig, um die dort gewonnenen Erfahrungen für Augsburg fruchtbar werden zu lassen.<sup>300</sup> Noch gab sich die Stadt gegenüber der Staatsregierung nicht geschlagen. Zu dritt versuchten Stoeckle, Mayr und Sametschek in München, doch noch mehr Geld herauszuschinden, aber am Ende blieb ihnen außer den 200 000 RM nur die bittere Klage, dass Augsburg viel zu schlecht bedacht worden sei; es müsse nach dem Alter der Stadt jedenfalls mehr erhalten als München.<sup>301</sup> Die „Hauptstadt der Bewegung“ und Nürnberg bekamen jeweils doppelt so viel wie Augsburg. Nachdem auch zwei weitere Vorstöße nach Berlin ebenso wenig den erwünschten Erfolg brachten wie eindringliche Eingaben an die Bayerische Staatsregierung, versandete das städtebauliche Renommierstück Altstadtsanierung zusehends.<sup>302</sup> Der Margarethendurchbruch wurde als einziges Teilprojekt verwirklicht. Nach dem ersten Spatenstich am 1. Oktober 1936 dauerte es bis zum 1. Juni 1937, bis die Bewohner in den ersten sanierten Wohnblock einziehen konnten.<sup>303</sup> Nach einer Kostenaufstellung von 1938 erhielt Augsburg 61 000 RM als Zuschuss und weitere 161 000 RM als Reichsdarlehen; den Löwenanteil der Gesamtkosten von insgesamt 650 000 RM musste die Stadt selbst aufbringen.

Immerhin ging der Margarethendurchbruch, obgleich nur ein Schatten des ursprünglichen Sanierungsprojektes, in den kargen Nachruhm Mayrs ein.<sup>304</sup> Was als zeitlose, unverdächtige Wohltat für die Bürger in der Nachkriegszeit Bestand hatte, bedeutete indessen unter den Bedingungen der NS-Herrschaft das Ende der städtischen Anstrengungen auf diesem Gebiet. Altstadtsanierung für sich genommen war kein bevorzugtes Handlungsfeld nationalsozialistischer Politik. Dennoch konnte eine ganze Reihe von Motiven für eine Sanierung sprechen.<sup>305</sup> Wenn

<sup>298</sup> Ebd., Vormerkung Sametschek, 10. 10. 1934.

<sup>299</sup> StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Verwaltungssenats 1934, Beschluss vom 16. 10. 1934.

<sup>300</sup> StdAA 49/94, Bericht über die Dienstreise zur Information über die Altstadtsanierungsmaßnahmen der Städte Frankfurt, Kassel und Braunschweig, 16. 9. 1935.

<sup>301</sup> StdAA 45/26, Vormerkung Sametschek, 11. 10. 1934.

<sup>302</sup> Ebd., Mayr an RMF, 8. 12. 1934; Bericht Sametscheks über das Ergebnis der Verhandlungen und Besprechungen in Berlin am 18./19. 1. 1935; StdAA NL Förg, Denkschrift über die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Stadt Augsburg, 1. 3. 1937, S. 33.

<sup>303</sup> Mayr (Hg.), Fünf Jahre Aufbau, Bd. 1, S. 113. Der zweite Bauabschnitt stand Weihnachten 1937 erst im Rohbau.

<sup>304</sup> Vgl. den Nachruf auf Mayr in der *Schwäbischen Landeszeitung* vom 8. 8. 1957.

<sup>305</sup> Ursula v. Petz, *Stadtsanierung im Dritten Reich*, Dortmund 1987, S. 31–34.

sie wie in Weimar und Hamburg als Teilaufgabe des Gauforums figurierte, flossen die Zuschüsse reichlich.<sup>306</sup> In der Hansestadt sollten außerdem die unerwünschten Bewohner der heruntergekommenen Viertel mitsamt ihren Behausungen verschwinden.<sup>307</sup> In Kassel diente die Altstadtsanierung der kommunalpolitischen Profilierung und zielte auf die politische „Eroberung“ eines als „rot“ verschrieenen Viertels. Dort wie auch in Braunschweig führten die Nationalsozialisten zum Teil bereits während der Weimarer Republik begonnene Maßnahmen fort.<sup>308</sup> All dies traf auf Augsburg nicht zu. Nach außen hin versuchte die Stadtverwaltung zwar den Schein zu wahren, doch Mayrs Beteuerungen von 1939, die Sanierung werde planmäßig fortgeführt und man sei damit auf einem guten Wege, waren nichts als Augenwischerei.<sup>309</sup> Damit kaschierte der Oberbürgermeister nicht so sehr die Fehler oder Nachlässigkeit seiner eigenen Behörde. Um die Altstadt zu sanieren, hätte es der tat- und finanzkräftigen Hilfe aus München und Berlin bedurft. Doch so sehr sich Augsburg auch darum bemühte, diese Unterstützung blieb aus. Deshalb führte die Altstadtsanierung von Beginn an ein Schattendasein in finanzieller Unterernährung. Endgültig starb sie jedoch, weil sich die Prioritäten der Stadt auf dem Bausektor ab 1937 fundamental verschoben. Nicht der Beseitigung des Elends, der Entfaltung von Glanz galt die Aufmerksamkeit. Alle verfügbaren Kapazitäten dienten von da an einem großenwahnsinnigen Städtebauprojekt, das von Hitler selbst entworfen und befohlen worden war.

### *Das Gauhauptstadtprojekt*

Seit die größte Versammlungshalle der Stadt 1934 einem Brand zum Opfer gefallen war – von Wahl wohl in Analogie zum Reichstagsbrand umstandslos als bolschewistischer Anschlag angeprangert<sup>310</sup> – brauchte die Stadt Ersatz. Das Projekt kam nur sehr schleppend voran, nicht zuletzt deshalb, weil sich Hitler direkt und massiv in die Planung und Gestaltung einmischte.<sup>311</sup> Sein Interesse für Architektur und

<sup>306</sup> Weimar erhielt aus Berlin einen Zuschuss von 500 000 bis 600 000 RM sowie Unterstützung bei der Aufnahme von Darlehen; Christiane Wolf, *Gauforen – Zentren der Macht. Zur nationalsozialistischen Architektur und Städteplanung*, Berlin 1999, S. 26. Für Hamburg vgl. Dirk Schubert, *Stadtgesundheit im „Dritten Reich“ – oder hat es eine nationalsozialistische Stadterneuerung gegeben?*, in: Lüken-Isberner (Hg.), *Stadt und Raum*, S. 51–76, hier S. 73.

<sup>307</sup> Elke Pahl-Weber, *Stadtplanung und soziale Kontrolle*, in: Ebbinghaus/Linne (Hg.), *Kein abgeschlossenes Kapitel*, S. 351–365, hier S. 354–357.

<sup>308</sup> Marc Poulain/Hans-Martin Ungericht, *Die Schönheit und Harmonie des arteigenen deutschen Stadtgefüges... Zur Stadtplanung in der Gauhauptstadt Kassel*, in: Wilhelm Frenz/Jörg Kammler/Dietfried Krause-Vilmar (Hg.), *Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933–1945*, Bd. 2, Fulda 1987, S. 136–143, hier S. 137 f.; Vera Lasch, *Der Stadterneuerungsfall Kassel*, in: Lüken-Isberner, *Stadt und Raum*, S. 45–49; v. Petz, *Stadt-sanierung*, S. 64–66.

<sup>309</sup> Mayr, *Rede des Oberbürgermeisters*, S. 33 f.

<sup>310</sup> Vgl. den Text eines Telegramms von Wahl an Hitler, Frick und Goebbels, abgedruckt in: Wolf, *Gauforen*, S. 169. Die Stadtverwaltung übernahm diese Deutung und sprach von einem „kommunistischen Sabotageakt“; StdAA NL Förg, *Denkschrift über die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Stadt Augsburg*, 1. 3. 1937, S. 31.

<sup>311</sup> Vgl. die detaillierte Schilderung bei Wolf, *Gauforen*, S. 169–181.



Abb. 7: Wahl, Hitler, Sametschek, Mayr und Schneider vor der Baustelle des Stadttheaters (1937)

Theater bescherte Augsburg die Gunst des „Führers“ – eine unschätzbare Ressource im Staate Hitlers. Dieses Wohlwollen schlug sich auch finanziell nieder, denn Hitler verfügte, dass das Theater zu modernisieren sei und übernahm einen Großteil der Kosten auf das Reich.<sup>312</sup> Die Kehrseite der Medaille bestand in einer „Abhängigkeitsspirale zu Hitlers Entscheidungen und Launen“<sup>313</sup>. Den hochfliegenden Bauphantasien des gescheiterten Kunstmalers städteplanerische, finanzielle oder andere kleinliche Vorbehalte entgegenzuhalten, barg ein hohes Risiko. Den Oberbürgermeister hätte das beinahe sein Amt gekostet.<sup>314</sup> Hitler selbst, mehr noch seine bevorzugten Architekten Albert Speer und Hermann Giesler, zogen die baukünstlerische Planungshoheit für die Stadthalle und das Theater an sich. Ihre Entscheidungen fielen nicht in Augsburg, sondern in Berlin. Der Stadtverwaltung blieb nichts anderes übrig, als ehrfurchtsvoll und dankbar diese Beschlüsse zu vollziehen und sie gegebenenfalls mit den Realitäten vereinbar zu machen.

<sup>312</sup> Den Umbau bezuschusste das Reich mit insgesamt 2,4 Mill. RM, zusätzlich erhielt das Theater eine jährliche Finanzspritze von nochmals 100 000 RM, die in Kostüm- und Bühnenausstattung fließen sollten; StdAA 35/185, Lammers an Mayr, 18. 6. 1938 u. BA R 43 II/1243a, Lammers an Mayr, 5. 1. 1940.

<sup>313</sup> Wolf, Gauforen, S. 181.

<sup>314</sup> Hitler hatte Mayr Untätigkeit vorgeworfen und war erzürnt über dessen Skrupel, angesichts der schreienden Wohnungsnot und prekären Finanzlage Millionen in Repräsentationsbauten zu stecken. Vgl. zur Absetzungsfarce Gotto, Oberbürgermeister Josef Mayr, S. 112f.

Am 21. und 22. November 1937 feierte die NSDAP in Augsburg den 15. Jahrestag ihrer Ortsgruppe. Zu diesem Anlass war Hitler anwesend. Auf dem Festprogramm stand neben Umzügen und Appellen auch eine Galaufführung der Oper „Aida“. Im Anschluss daran fand ein festlicher Empfang für die Künstler im Hotel „Drei Mohren“ statt, wo das von Giesler maßgeblich umgestaltete Modell der neuen Stadthalle für Hitler in Szene gesetzt worden war. Spät in der Nacht rief dieser Wahl und Mayr noch einmal zu sich in den Lichthof des Hotels. Laut Mayrs Bericht erklärte Hitler, dass er es sich nun doch anders überlegt habe. Die Stadthalle müsse einen anderen Platz bekommen.<sup>315</sup> Am nächsten Tag besichtigte Hitler die Baustelle im Stadttheater. Das Foyer fand er zu klein und die Treppenhäuser zu schlicht; er werde einen entsprechenden Plan zur Verbreiterung der Vorderfront des Stadttheaters ausarbeiten lassen. Die durch diese Umbauarbeiten entstehenden Mehrkosten versprach er selbst zu übernehmen. Am 23. November bestellte Hitler Wahl und Mayr zu sich nach Sonthofen, wo er sich anlässlich der Einweihung der NS-Ordensburg aufhielt. Zu dritt fuhren sie im Sonderzug zurück nach Augsburg, um die Baumaßnahmen nochmals zu besprechen. Hitler skizzierte seine Vorstellungen für das Stadttheater und erklärte dann ganz plötzlich, „er werde der Stadt Augsburg auch ein eigenes Schauspielhaus für ca. 1200 Zuschauer stiften; das derzeitige Stadttheater könne dann als reines Opernhaus benützt werden.“<sup>316</sup>

Durch Hitlers Eingriffe weitete sich der Plan für den Neubau der Stadthalle in immer riesenhaftere Dimensionen aus. Doch auch Wahl, der die Idee für das Gauforum nach dem Krieg allein Hitler zuschrieb, hatte in Wirklichkeit zumindest entsprechende Vorüberlegungen angestellt. Bereits einige Monate zuvor spukte die Idee eines Verwaltungsgebäudes für die Gauleitung durch die Köpfe von Wahl und Mayr, doch erst die Initiative Hitlers gab die Initialzündung für die massive Umgestaltung Augsburgs.<sup>317</sup> Mayr fuhr mit Sametschek, der sechs verschiedene Vorschläge für die neue Lage der Stadthalle ausgearbeitet hatte, am 1. Dezember nach Berlin. Dort nahm sich Hitler vier Stunden Zeit, um die Pläne zu besprechen, auch Speer stieß dazu. Zwei der Entwürfe Sametscheks fanden Gnade vor Hitlers

---

<sup>315</sup> StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrates 1937, Sitzung vom 7. 12. 1937, Vortrag Mayr. Der Bericht, den Mayr den Ratsherren erstattete, deckt sich im Wesentlichen mit der Version aus den Memoiren des Gauleiters und des Architekten der Stadthalle Thomas Wechs. Beide erwähnen jedoch, dass Hitler bereits an diesem Abend zu erkennen gegeben habe, dass er Augsburg in die Reihe der Städte aufnehmen wolle, die ein Gauforum bekommen sollten; Wahl, „...es ist das deutsche Herz“, S. 223; Wolf, Gauforen, S. 183.

<sup>316</sup> StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrates 1937, Sitzung vom 7. 12. 1937, Vortrag Mayr.

<sup>317</sup> Vgl. den Satzungsentwurf für den „Zweckverband Gauhauptstadt Augsburg“ (4. Fassung), Anlage zu StdAA 50/2260, Ott an Geschäftsleitung, 15. 4. 1937. Darin ist neben der Versammlungshalle und einem Aufmarschplatz auch ein Verwaltungsgebäude für die Gauleitung genannt. Der Zweckverband sollte dazu dienen, die schwäbischen Kreise und Gemeinden für das Gauhauptstadtprojekt zur Kasse zu bitten; es kam allerdings nur ein Bruchteil der erhofften Beträge zusammen. Schließlich verfolgte die Stadtverwaltung nicht zuletzt wegen erheblicher Widerstände seitens der herangezogenen Gemeinden den Plan nicht weiter; ebd., Vormerkung Ott, 22. 3. 1939.

Augen.<sup>318</sup> Das gesamte Ensemble umfasste im ersten Plan eine Prachtstraße, die am umgestalteten Theater ihren Ausgang nahm, und in einen von einer Freitreppe aus zugänglichen großen Aufmarschplatz mündete, an dem neben einem riesigen Repräsentations- und Verwaltungsbau für die Partei auch eine Oper stehen sollte.<sup>319</sup> Der zweite Vorschlag verlegte das gesamte Gauforum aus dem Zentrum heraus an den Südrand der Stadt. Diese Lösung hätte zwei gewaltige Vorteile in sich vereint. Zum einen wäre sie auf weitgehend unbebautem Gebiet entstanden und somit erheblich unkomplizierter und billiger zu realisieren gewesen. Zum anderen erschien das Gauforum hier als Kern einer riesigen Wohnanlage. Es hat den Anschein, als habe Mayr versucht, das Gauforum gleichsam als Köder auszuwerfen, um damit die Wohnungsprobleme Augsburgs durch eine Trabantenstadt zu lösen. Obwohl Hitler von den Vorschlägen zum Teil sehr angetan war, verwarf er sie am Ende. Stattdessen entwickelte er eine eigene Anlage, deren Grundzüge er in die ihm vorgelegten Pläne hineinskizzierte.<sup>320</sup> Dieser „ganz gigantische[r] Plan für die künftige Gestaltung der Stadt Augsburg“<sup>321</sup> umfasste bereits die wesentlichen Elemente des endgültigen Modells mit Versammlungshalle, Gauhaus, Turm und Aufmarschplatz.

Sofort stürzten sich Mayr und seine Referenten in fiebrhafte Aktivitäten. Bereits am 15. Dezember legte Sametschek einen ersten Arbeitsplan vor. Während Steinhauser den Antrag auf Aufnahme Augsburgs in das Gesetz über die Neugestaltung der deutschen Städte vom 4. Oktober 1937 ausarbeiten sollte, oblag es Förg, den katholischen Friedhof zu schließen, dessen Fläche dem Gauforum zum Teil weichen sollte.<sup>322</sup> Außerdem bezeichnete der Plan zehn weitere Gebäude, die vordringlich abgerissen werden sollten.<sup>323</sup> Darin war ebenfalls die Ausschreibung eines Wettbewerbs für die Gaubauten vorgesehen. Doch nachdem Sametschek die Unterlagen dafür zwei Wochen später an Speer geschickt hatte, richtete dieser dem Augsburger Oberbürgermeister aus, dass Hitler gar keine Ausschreibung wünsche. Vielmehr habe er nach einer Besprechung mit Speer und Giesler letzteren mit einem Vorprojekt für das Augsburger Gauforum beauftragt.<sup>324</sup>

Mit dieser Entscheidung begann die zweite Planungsphase. Die baukünstlerische Leitung, der sich alle funktionalen Aspekte unterzuordnen hatten, lag nun gänzlich in den Händen von Hitlers aufstrebendem Stararchitekten. Giesler hatte nicht nur die Sonthofener Ordensburg entworfen, er arbeitete zugleich auch noch an mehreren anderen Projekten, namentlich am Gauforum in Weimar, das als einziges zumindest zum Teil verwirklicht wurde. Der „Sohn des Schwabengaus“<sup>325</sup>

<sup>318</sup> Die einzelnen Vorschläge sind beschrieben in StdAA 45/1276, Vormerkung Sametschek [Abschrift], 7. 12. 1937.

<sup>319</sup> Für eine genaue Beschreibung vgl. Wolf, Gauforen, S. 187–190.

<sup>320</sup> Diese Pläne ließ Mayr unverzüglich dem Stadtarchiv übergeben; StdAA 226/1163 und 1164, abgedruckt bei Wolf, Gauforen, S. 187f. u. 191.

<sup>321</sup> So Mayr gegenüber den Ratsherren (wie Anm. 316).

<sup>322</sup> Über diese Frage kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der katholischen Friedhofsverwaltung; Hetzer, Kulturkampf, S. 27f.

<sup>323</sup> StdAA 45/1276, Arbeitsplan für die Großbauten in Augsburg, 15. 12. 1937.

<sup>324</sup> Ebd., Vormerkung Sametschek, 6. 1. 1938.

<sup>325</sup> So Mayr in einem Danktelegramm an Giesler vom Tag des Baubeginns; StdAA, Nieder-

war also ein viel beschäftigter Mann. Darunter litt der Fortschritt der Angelegenheit ungemein. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit drängten Mayr und Sametschek zu mehr Tempo.<sup>326</sup> Die Stadtverwaltung steckte im Dilemma. Solange keine endgültige Entscheidung über die genaue Lage des Gauforums und seiner Gebäude gefallen war, konnte sie noch nicht einmal die dafür benötigten Grundstücke erwerben. Andererseits war sich vor allem Mayr der Ungeduld Hitlers wohl bewusst und fürchtete die Konsequenzen der Verzögerungen.<sup>327</sup> Doch auch eine weitere Teilaufgabe kam nicht vom Fleck, nämlich die formelle Aufnahme der Stadt Augsburg in das Neugestaltungsgesetz. Den Antrag hatte die Stadt bereits im Dezember 1937 gestellt. Das Neugestaltungsgesetz enthielt Bestimmungen, die es der Stadt ermöglichten, die benötigten Grundstücke zur Not zu enteignen, außerdem stellte es die Grundstückserwerbungen von der Besteuerung frei. Ohne diese Privilegien kam die Stadtverwaltung nicht weiter. Ein halbes Jahr lang blieb der Antrag in der Reichskanzlei liegen, weil Hitler „wegen der sich ständig überstürzenden politischen Ereignisse“ nicht dazu kam, die bereits zugesagte Aufnahme formell zu vollziehen.<sup>328</sup> Hinter dieser Floskel verbargen sich die Krisen und Vorboten des Krieges des Jahres 1938. Eine gute Woche zuvor hatte die Tschechoslowakei mobil gemacht. Als Wahl deswegen im Oktober nochmals die dringende Bitte der Stadt in Erinnerung brachte, standen deutsche Truppen bereits in den sudetendeutschen Gebieten. Genau ein Jahr nachdem Augsburg den Antrag gestellt hatte, vertröstete der Chef der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers sie auf unbestimmte Zeit.<sup>329</sup> Der außenpolitische Kriegskurs Hitlers traf die Stadtverwaltung lange, bevor der erste Schuss gefallen war.

Aber nicht nur die Verzögerungen wegen anderweitiger Prioritäten von Hitler und Giesler bereiteten Mayr und Sametschek Kopfzerbrechen. Wenn der „geniale Baumeister des Deutschen Reiches“ (so Wahl in einer Huldigungsadresse zu Hitlers Geburtstag<sup>330</sup>) oder sein bevorzugter Architekt sich Zeit für Augsburg nahmen, so ließen sie sich ausschließlich von ihren baukünstlerischen Vorlieben leiten. Das musste Sametschek etwa in der Frage der Linienführung der Straßenbahn zur Kenntnis nehmen. Auf seine Einwände hin beschied ihm Giesler, die

---

schriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrates 1939, Sitzung vom 9. 3. 1939, Beilage 4. Zu diesem Zeitpunkt hatte Hitler Giesler bereits zum Generalbaurat für die Neugestaltung der Stadt München bestellt, eine Aufgabe, die seine Aufmerksamkeit endgültig von Augsburg ablenkte.

<sup>326</sup> StdAA 45/1276, Vormerkungen Sametschek, 19. 4. 1938, 31. 5. 1938, 24. 6. 1938, 7. 9. 1938.

<sup>327</sup> Diese Situation war nicht neu für Mayr. Als er 1937 auf unüberwindliche Schwierigkeiten stieß, das Eisen für die neue Stadthalle und den Umbau des Theaters zu beschaffen, bat er Speer um Hilfe. Hitler habe ihm sein „Missfallen“ ausgedrückt, dass die Arbeiten nicht vorwärts getrieben würden; BA R 4606/3279, Mayr an Speer, 22. 9. 1937.

<sup>328</sup> So die Formulierung des Oberbürgermeisters nach einem Gespräch mit Speer und dem Ministerialrat in der Reichskanzlei Dr. Leo Killy; StdAA 45/1276, Mayr an Sametschek, 30. 5. 1938.

<sup>329</sup> BA R 43 II/1013, Wahl an Lammers, 8. 10. 1938; Lammers an Wahl, 9. 12. 1938.

<sup>330</sup> Widmung auf einem Bild, das die Stadt mit dem geplanten Gauforum zeigt, abgedruckt in: Gottlieb Sametschek, Die bauliche Neugestaltung von Augsburg, Augsburg 1939, S. 3.

Verkehrsfrage sei für die Planung der Großbauten „ohne Belang“ und solle diese „in keiner Weise behindern oder beeinflussen“<sup>331</sup>. Dieselben Erfahrungen machte das Schweriner Stadtbauamt, das sich noch dazu einer Koalition zwischen dem Hamburger Architekten Paul Fliether und dem Gauleiter von Mecklenburg Friedrich Hildebrandt gegenüber sah.<sup>332</sup> Hitler behielt sich keineswegs nur die Zustimmung zu den Grundentscheidungen über Lage und Ausgestaltung der Gaubauten vor, sondern bestimmte auch die Details. So reduzierte er etwa die Breite der Fußgängerwege entlang der Prachtstraße von 7,5 auf 2 m.<sup>333</sup> München erging es nicht besser. Hier musste die Entscheidung Hitlers in der Frage abgewartet werden, ob die Parktaschen gerade oder schräg angelegt werden sollten.<sup>334</sup> Gegen Giesler konnte auch Fiehler sich nicht durchsetzen; sein Stadtbaurat Karl Meitinger warnte sogar vor dem Beispiel des Berliner Oberbürgermeisters Julius Lippert, den Speer zu Fall gebracht hatte, weil er sich seinen Vorstellungen zum Ausbau Berlins nicht fügen wollte.<sup>335</sup>

So war es kein Wunder, dass sich die Arbeiten bis zum Ende des Jahres hinzogen. Ende November ordnete Hitler in einer Besprechung auf dem Obersalzberg an, dass Giesler ihm sein Modell bis Weihnachten vorzulegen habe. Diesen Termin verfehlte Giesler knapp, dafür konnte Mayr einen auf zehn Jahre angelegten Zeitplan und einen Kostenvoranschlag präsentieren.<sup>336</sup> Am 7. Januar trafen Hitler, Giesler, Mayr und Sametschek erneut in München zusammen, um den Entwurf zu besprechen. Er fand Hitlers grundsätzliche Zustimmung, und auch die Weichen für die Verordnung über die Aufnahme Augsburgs in den Kreis der Neugestaltungsstädte wurden gestellt.<sup>337</sup> Nach einem Vortrag von Lammers entschied Hitler am 3. Februar, dass die Bauarbeiten in Augsburg in Angriff genommen werden sollten. Zum Beauftragten für die Neugestaltung erklärte er Gauleiter Wahl. Zwei Wochen später unterschrieb Hitler den entsprechenden Führererlass.<sup>338</sup>

Der bisherige Planungsverlauf hatte keinen der Beteiligten recht zufrieden gestellt. Die Stadt brannte auf schnellere Entscheidungen, von denen ihre weiteren Aktivitäten abhingen. Noch im Dezember gab Mayr in einer Referentenbesprechung die Anweisung, die ersten Mietverträge in den betroffenen Gebäuden zu kündigen, was Steinhauser prompt erledigte.<sup>339</sup> Auch sonst blieb die Stadt nicht untätig und vermehrte das Personal der Bauverwaltung.<sup>340</sup> Um nicht an die engen

<sup>331</sup> StdAA 45/1276, Vormerkung Sametschek, 3. 2. 1938.

<sup>332</sup> Kasten, Wohnungsbau und Stadtplanung, S. 64 f.

<sup>333</sup> StdAA 45/1276, Vormerkung Sametschek [Abschrift], 22. 11. 1938.

<sup>334</sup> Haerendel, Kommunale Wohnungspolitik, S. 378.

<sup>335</sup> Häusler, Ausländereinsatz, S. 189. Den Sturz Lipperts beschreibt Moll, Der Sturz der Alten Kämpfer, S. 26–30.

<sup>336</sup> Vgl. StdAA 45/1276, Mayr an Wilhelm Brückner Adjutant Hitlers, 23. 12. 1938.

<sup>337</sup> StdAA 45/1278, Vormerkung Sametschek, 10. 1. 1939.

<sup>338</sup> BA R 43 II/1013, Lammers an Wahl, 3. 2. 1939; Erlass des Führers und Reichskanzlers über städtebauliche Maßnahmen in der Stadt Augsburg [Kopie], 17. 2. 1939. Ebenfalls als Kopie überliefert in StdAA 45/1277.

<sup>339</sup> StdAA 45/1279, Steinhauser an Mayr, 24. 12. 1937.

<sup>340</sup> StdAA 45/167, Sametschek an Personalreferat, 24. 12. 1937. Allerdings reichten die Neu-

Grenzen der Tarifordnung gebunden zu sein, die eine attraktive Bezahlung für das benötigte hoch qualifizierte technische Personal nahezu unmöglich machte, unterstellte die Stadt Giesler den eigentlichen Baustab.<sup>341</sup> Die Vorbereitungen für den Ersatzwohnungsbau, die Räumung der zum Abriss bestimmten Gebäude und die Kaufverhandlungen mit den Eigentümern der benötigten Grundstücke kamen jedoch solange nicht voran, bis die Verordnung vom 17. Februar 1939 der Stadt die nötigen Machtmittel in die Hand gab. Obwohl Sametschek mit Giesler und seinen Mitarbeitern mehrmals im Monat zusammentraf, trotz diverser Besprechungen in Berlin mit Hitler und zahlreichen hohen Ministerialbeamten herrschte geschäftiger Stillstand. Giesler selbst vermisste im Vergleich zu Weimar den „schwungvollen Einsatz“<sup>342</sup> in Augsburg. Wie unglücklich beide Seiten miteinander waren, illustriert eine Randbegebenheit. Zur Jahreswende 1938/39 verehrte die Stadt dem Architekten seines Gauforums, der kurz zuvor seinen 40. Geburtstag gefeiert hatte, eine Bowlenschüssel. Noch in seinen Memoiren spöttelte Giesler über das einfallsslose und unangemessene Geschenk. Postwendend kränkte er Mayr schwer, indem er den goldenen Ehrenring der Stadt Augsburg ausschlug, den der Oberbürgermeister kurz darauf stiftete.<sup>343</sup>

Am 9. März 1939 präsentierte Mayr das Projekt in einer wohl inszenierten Rede, begleitet von diversen Presseveröffentlichungen, und stellte die Modelle im Rathaus öffentlich zur Schau.<sup>344</sup> Erstmals konnten sich die Augsburger einen Eindruck von der bevorstehenden Umgestaltung ihrer Heimatstadt machen. In der Tat griffen die Pläne tief in das Stadtgefüge ein. Die von Hitler vorgesehene Grunddisposition war unverändert geblieben. Parallel zur Maximilianstraße, dem historischen Stadtkern mit zahlreichen Renaissancebauten und dem von Elias Holl errichteten Rathaus, verlief die als 48 m breite und 1200 m lange Prachtstraße ausgebaute Hauptachse. Ihren Anfang nahm sie am Theater, führte über den Adolf-Hitler-Platz (den heutigen Königsplatz) in südlicher Richtung durch die Fuggerstraße und mündete nach der Kaiserstraße (Konrad-Adenauer-Allee) in einen Rundplatz (Theodor-Heuss-Platz), der sternförmig mehrere Zufahrtstraßen aufnahm. Sowohl ein Durchbruch zur Maximilianstraße in Höhe der St.-Ulrichskirche als auch eine auf 50 m verbreiterte Querachse zum Bahnhof, der zu diesem Zweck hätte verschoben werden müssen, waren vorgesehen. Zahlreiche Neubauten im Monumentalstil säumten die Haupt- und Querachse sowie den abschließenden Rundplatz. Geplant waren unter anderem ein Kino für 1200 Besucher, ein Opernhaus, ein Hotel, ein Kasino, ein Divisionsstabsgebäude, ein Neubau für die Sparkasse, ein Gebäude der Reichspost und ein Polizeipräsidium. Allein die Liste der Neu- und Umbauten umfasste 26 Einzelprojekte – ohne die Gebäude am Herzstück der Anlage.<sup>345</sup>

---

einstellungen nicht aus, um die zusätzliche Arbeit tatsächlich aufzufangen (vgl. unten S. 266f.).

<sup>341</sup> StdAA 45/1279, Vormerkung Hüper, 3. 3. 1939.

<sup>342</sup> Hermann Giesler, Ein anderer Hitler. Bericht seines Architekten Hermann Giesler. Erlebnisse – Gespräche – Reflexionen, Leoni 1977, S. 135.

<sup>343</sup> StdAA 45/1276, Mayr an Giesler, 23. 12. 1938; Giesler, Ein anderer Hitler, S. 137.

<sup>344</sup> Vgl. die eingehende Beschreibung bei Wolf, Gauforen, S. 196–203.

<sup>345</sup> Diese Liste stellte Sametschek auf Wunsch Todts für die ersten zehn Jahre nach der Be-

Südlich an den Adolf-Hitler-Platz schloss sich das eigentliche Gauforum an. Seine Gestaltung glied den Entwürfen in sämtlichen Neugestaltungsstädten; funktional bildeten die Foren „Orte eines pseudoreligiösen Staatskultes“<sup>346</sup>. Es bestand aus einem Aufmarschplatz von 120 mal 180 m, der von einer Arkade zur Straße hin abgeschlossen wurde und den man vom Adolf-Hitler-Platz aus über eine Freitreppe betrat. Hitler hatte nämlich bestimmt, dass das Höhengniveau des Gauforums zusätzlich zu dem ohnehin an dieser Stelle vorhandenen Anstieg weiter angehoben werden sollte, damit es als Gesamtensemble deutlich über die umliegenden Straßen und Stadtteile hinausragte. Drei Gebäude bestimmten den Aufmarschplatz. Eine vergleichsweise bescheidene „Halle der 20 000“, ein für Versammlungen gedachter Flachbau von 165 mal 75 m, bildete mit seiner Längsseite das Gegenüber der Arkaden zur Prachtstraße hin. Schräg gegenüber dominierte der massive Verwaltungsbau für die Partei und ihre Nebenorganisationen das Forum. Die 165 m lange Front des monströsen Komplexes blickte auf den Aufmarschplatz, seine 140 m breite Längsseite schloss sich an die zur Straße hin gelegenen Arkaden an. Als Fünfflügelanlage (zwei Quer- und drei Längsachsen) konzipiert, umschloss das Gauhaus zwei Innenhöfe und wurde an seinen Ecken durch leicht vorspringende und 43 m hohe Türme bestimmt. Erdrückte dieser Bau durch seine schiere Masse, so überragte ein ihm gegenüberliegender Glockenturm durch seine Höhe alle anderen Augsburger Gebäude. Neben dem Kopfe der Versammlungshalle an der Nordseite des Platzes angeordnet, sollte dieser 116 m hohe Turm das künftige Wahrzeichen der Stadt bilden. Stilistische Reminiszenzen an die Renaissancebauten von Elias Holl zeigte vor allem die Bekrönung des Glockenturms. Dies war aber auch das einzige eklektizistische Zugeständnis der Formensprache, die ansonsten Hitlers Geschmack eines „vergrößerten und monumentalisierten Klassizismus“<sup>347</sup> entsprach.

Die gesamte Anlage sprengte den Augsburger Maßstab bei weitem. Um sie zu verwirklichen, hätte der Großteil eines Wohnviertels, der katholische Friedhof und die Synagoge weichen müssen. Ein Arbeitsplan, den Sametschek Mitte 1939 vorlegte, sah 66 Gebäudeabbrüche vor; die Stadt musste rund 100 Grundstücke erwerben.<sup>348</sup> Die gesamte Verkehrsführung und Straßenanlage des Viertels zwischen Kaiserstraße und Bahnhof sollte verändert werden. Das Ausmaß dieses beispiellosen Eingriffes in die Struktur der Stadt war ein bewusst kalkulierter Teil der Inszenierung. Hitler hatte von Beginn an größten Wert darauf gelegt, die von ihm bewunderte Prachtentfaltung des historischen Stadtkerns zu übertreffen.<sup>349</sup>

Dieser großenwahnsinnige Zug eint sämtliche bekannt gewordenen Gauforumspläne. Das neue Zentrum sollte „die gesamte bisherige Stadtgeschichte in ei-

---

endigung des Krieges zusammen; StdAA 45/1276, Mayr an Gauleitung von Schwaben, 13. 2. 1941. Vgl. auch die Übersicht bei Winfried Nerdinger (Hg.), *Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933–1945*, München 1993, S. 30–33.

<sup>346</sup> Jost Dülffer/Jochen Thies/Josef Henke, *Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich*, Köln/Wien 1978, S. 20.

<sup>347</sup> Nerdinger (Hg.), *Bauen im Nationalsozialismus*, S. 30.

<sup>348</sup> StdAA 45/1278 (Handaktenmappe), Sametschek an Ref. 3, 17. 6. 1939.

<sup>349</sup> So die Aufzeichnungen Sametscheks über die vierstündige Besprechung am 1. Dezember 1937; StdAA 45/1276, Vormerkung Sametschek, 7. 12. 1937.

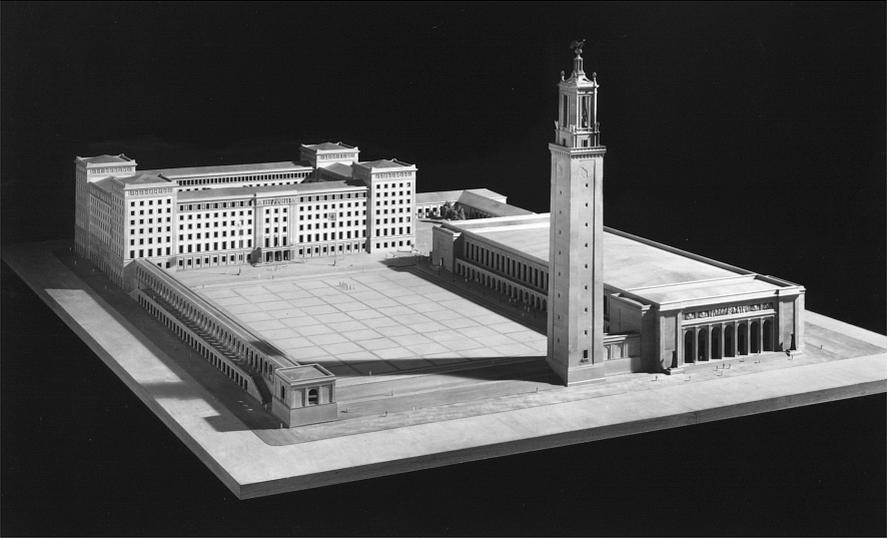


Abb. 8: Modell des Gauforums von Hermann Giesler (1938)

ner neuen Größenordnung überbieten.<sup>350</sup> Sametschek pries es als „Wahrzeichen nationalsozialistischer Macht und Größe für die kommenden Geschlechter“<sup>351</sup>. Mayr leitete die öffentliche Vorstellung der Großbaupläne im Goldenen Saal des Rathauses mit dem Hinweis auf Hitlers Maxime ein, „dass die monumentalen Bauwerke eines Volkes noch Jahrhunderte, ja Jahrtausende Zeugnis geben von seiner Größe, seiner Kultur und dass sie die stolzesten Denkmale eines Volkes sind.“<sup>352</sup> Es blieb Gauleiter Wahl vorbehalten, dieses Pathos noch zu überbieten. Weil er der Festveranstaltung im Goldenen Saal nicht beiwohnen konnte, verschaffte er seinen Gefühlen schriftlich Ausdruck: „Mögen alle Verantwortlichen und auch die gesamte Stadt begreifen, was die Gunst des Führers wirtschaftlich und kulturell für die Stadt bedeutet. Ich fasse es zusammen in dem Ruf an alle Augsburger: Der Bürgerstolz aus der Zeit der einstigen alten Reichsstadt ist wieder am Platze!“<sup>353</sup>

Vor allem für Wahl selbst bedeutete die Entscheidung für das Gauforum das Ende der Unsicherheit. Wie sein Kollege Gustav Simon in Koblenz eröffnete sich ihm die Möglichkeit, seinen Machtanspruch und die Eigenständigkeit seines gefährdeten Gaues buchstäblich zu untermauern.<sup>354</sup> Noch in seinen Memoiren

<sup>350</sup> Nerdinger (Hg.), *Bauen im Nationalsozialismus*, S. 21.

<sup>351</sup> Sametschek, *Neugestaltung*, S. 4.

<sup>352</sup> Mayr, *Rede des Oberbürgermeisters*, S. 26. Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass der ungeheure Größenmaßstab der Umgestaltung Hitlers Endziel einer prinzipiell unbeschränkten Expansion und eines Weltreichs widerspiegelte, das alle bisherigen Reiche übertreffen sollte; Dülffer/Thies/Henke, *Hitlers Städte*, S. 11.

<sup>353</sup> StdAA 45/1276, Telegramm Wahl an Mayr, 9. 3. 1939.

<sup>354</sup> Simon setzte sich gegen den Versuch des Essener Gauleiters und Oberpräsidenten der



Abb. 9: Modell des Gauforums, Blick auf das Gauhaus (Westfassade)

schwingt das Echo der Erleichterung darüber nach: „Der jahrelange Kampf Münchens gegen die ‚Provinz Augsburg‘ hat nun ein für allemal ein Ende!“<sup>355</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt schwebte die Begehrlichkeit Adolf Wagners wie ein Damoklesschwert über seinem Gau. Hitler selbst verband nun den Ausbau der Stadt Augsburg mit dem Ende der Spekulationen über den Status Schwabens. Auch bei den Augsburger Verantwortlichen verfiel Hitlers Geschick, das zu sagen, was sein Gegenüber hören wollte. So äußerte er bei der Präsentation der Modelle sein Unverständnis darüber, dass München versucht habe, Augsburg an die Wand zu

---

Rheinprovinz Josef Terboven zu Wehr, sich als eine Art Vorgesetzter zu etablieren. Simon setzte den Hebel der Reichsreform an und gab dem Gau durch den neuen Namen „Moselland“ Anfang 1941 ein deutlich kulturell-regional akzentuiertes Gepräge. Vgl. Horst Romeyk, Der Gau Moselland in der Reichsreform, in: *JWLG* 11 (1985), S. 247–269. In diesen Zusammenhang gehören auch die Planungen für ein Gauforum in Koblenz, die um die Jahreswende 1939/40 einsetzten und den Status der Gauhauptstadt und mithin des gesamten Gaus untermauern sollten; Christina Nossak, Provincial Pretensions: Architecture and Town-Planning in the *Gau*-capital Koblenz 1933–45, in: *Architectural History* 40 (1997), S. 241–265).

<sup>355</sup> Wahl, „...es ist das deutsche Herz“, S. 224.

drücken. Man habe Augsburg jahrzehntlang wie ein Dornröschen behandelt, aber er werde dafür sorgen, dass es einer neuen Blüte entgegengehe.<sup>356</sup> Die Genugtuung darüber vermochten die Verantwortlichen kaum zurückzuhalten. Mokant vermerkte Sametschek, dass die geplante Prachtstraße die Münchener Ludwigsstraße von der Feldherrnhalle bis zum Siegestor sowohl an Länge als auch in der Breite übertraf.<sup>357</sup> „Augsburg, das oft zurückgesetzte und gerne bespöttelte Augsburg, erhält wieder den Rang, den es einst als eine der ersten Städte des Reiches besaß“, jubelte der Oberbürgermeister.<sup>358</sup> Giesler ließ sogar durchsickern, dass für Schwaben der Status eines Reichsgaus gesichert sei, d. h. einer in ihren Zuständigkeiten deutlich gestärkten Reichsmittelinstanz.<sup>359</sup>

Dafür hatte die Stadt einen hohen Preis zu entrichten. Die Kostenberechnungen für die Gesamtanlage ergaben immer astronomischere Summen. Ging Mayr während der Besprechung mit Hitler im Dezember 1937 noch von einer Gesamtbelastung für die Stadt von rund 15 Millionen RM aus, so verdoppelte sich diese Summe innerhalb von vier Monaten.<sup>360</sup> Als sich die Konturen des Gieslerschen Modells bereits abzeichneten, kalkulierte die Stadt mit einem Gesamtvolumen von rund 50 Millionen RM, von denen 27 auf sie selbst zurückfielen. Diese Last sollte auf acht Jahre verteilt werden, deren Raten zwischen sechs und einer Million schwankten.<sup>361</sup> Hitler gegenüber operierte Mayr zwei Wochen später mit leicht höheren Zahlen.<sup>362</sup> Zwei Monate später legte er nochmals nach, um dem Reichsfinanzminister zu beweisen, dass Augsburg aus eigener Kraft zu einem solchen finanziellen Kraftakt nicht in der Lage war. Den Gesamtaufwand bezifferte der Oberbürgermeister auf über 65,6 Millionen RM, von denen allein im ersten Bauabschnitt 45 auf die Stadt entfielen. Für weniger als die Hälfte davon war die Finanzierung bis dahin gesichert. Der reine Zuschussbedarf, also die Summe, die nicht in irgendeiner Form durch Einnahmen ausgeglichen werden konnte, lag bei über 28 Millionen RM.<sup>363</sup> Die letzte überlieferte Aufstellung stammt aus dem Jahr 1941. Sie bezifferte den Gesamtaufwand auf nicht weniger als 166,1 Millionen RM. An Baumaterial veranschlagte die Bauverwaltung 26312 t Eisen, 28528 m<sup>3</sup> Holz, 63253 t Zement, 27223 m<sup>3</sup> Werksteine und 115 Millionen Ziegelsteine. Derartige Entwicklungen vor Augen, warnte Speer eindringlich vor dem „großzügige[n] Dilettantismus“, der sich überall ausbreitetete, wo Hitler ein Gauforum genehmigt oder gefordert hatte.<sup>364</sup> Augsburg hatte zwar Teil an einem Sonderkontingent für die bayerischen Neugestaltungsstädte.<sup>365</sup> Wie grotesk die

<sup>356</sup> StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrats, Sitzung vom 3. 3. 1939, Vortrag Mayr.

<sup>357</sup> Sametschek, Neugestaltung, S. 5.

<sup>358</sup> Mayr, Rede des Oberbürgermeisters, S. 35.

<sup>359</sup> StdAA 45/1278, Vormerkung Sametschek, 12. 12. 1940. Zu den Plänen einer „Reichsgauverfassung“ vgl. Rebentisch, Führerstaat, S. 231–245.

<sup>360</sup> StdAA 45/1280, Mayr an Köglmaier, 14. 4. 1938.

<sup>361</sup> StdAA 45/1278 (Handaktenmappe), Gesamtkostenplan, 30. 12. 1938.

<sup>362</sup> StdAA 45/1276, Vormerkung Sametschek, 10. 1. 1939. Demnach erforderten die Großbaumaßnahmen zusammen 56,75 Mill. RM, die Lasten der Stadt betragen 20,8 Mill. RM.

<sup>363</sup> StdAA 45/1282, Mayr an Lutz Graf Schwerin von Krosigk, 17. 3. 1939.

<sup>364</sup> RGWA 1409–2–22, Speer an Lammers, 28. 8. 1941.

<sup>365</sup> Zunächst musste Augsburg sich ein Kontingent mit Würzburg und Bayreuth teilen;

verplanten Mengen an Baumaterial dennoch waren, lässt sich daran ermesen, dass das Wirtschaftsamt zur gleichen Zeit die Zuweisung von 8,8 kg Eisen beantragen musste, um 200 Aktenordner kaufen zu können.<sup>366</sup> Dabei waren die Verlegung des Bahnhofs und das geplante Fernwärmeheizwerk in den Aufstellungen noch gar nicht berücksichtigt. Rechnet man die Kosten dafür hinzu, so kommt man auf die schier unvorstellbare Summe von einer Viertelmilliarde Reichsmark.<sup>367</sup>

Augsburg hätte freilich nur einen Teil davon selbst aufbringen müssen. Doch auch eine jährliche Zusatzbelastung für den Stadthaushalt von zwei bis drei Millionen überstieg die finanziellen Kräfte der Stadt bei weitem.<sup>368</sup> Dies war Mayr wohl bewusst, und seine Sorge stand in einem konfliktträchtigen Verhältnis zu den egomanen Monumentalphantasien Hitlers.<sup>369</sup> Bei jeder sich bietenden Gelegenheit strapazierte der Augsburger Oberbürgermeister die Nerven seines Führers, indem er auf eine schriftliche Zusage über die von Hitler in Aussicht gestellten Reichsmittel drängte. Allerdings kamen auch in der Finanzierungsfrage die Dinge erst ins Rollen, nachdem Giesler sein Modell vorgelegt und Hitler die Aufnahme Augsburgs in den Kreis der Neugestaltungsstädte unterschrieben hatte. Als es soweit war, tappte die Stadt noch völlig im Dunkeln, wie sie das Geld für die Umgestaltung aufbringen sollte. Nach außen hin beschwichtigte Mayr die Augsburger, unter denen erhebliche Unruhe über das Riesenprojekt herrschte, im Ton einer sanften Rüge: „Ich bitte die Bevölkerung, wegen der Finanzierung der gesamten Massnahmen sich keine Sorgen zu machen, sondern diese uns zu überlassen.“<sup>370</sup> Niemand, so versicherte der Oberbürgermeister der Gauhauptstadt, werde auch nur eine Mark mehr Steuern zahlen. Dieses Versprechen lag ganz auf der Linie der „Gefälligkeitsdiktatur“: Das NS-Regime erkaufte sich die Zustimmung der Bevölkerung, indem es direkte finanzielle Belastungen von ihr fernhielt und sie gleichzeitig mit der Beute von Raubzügen nach innen und außen korrumpierte.<sup>371</sup> Die Planungen mit ungeheuren Ressourcen für Repräsentativbauten in den Führer-

---

StdAA 45/1278, Vormerkung Sametschek, 15. 3. 1939. Allerdings gelang es Giesler offensichtlich, das Teil- in ein Vollkontingent umzuwandeln; StdAA 45/1285, BayStMWi an Mayr, 25. 5. 1939. Im dritten Quartal 1939 erhielt die Stadt 670 t Eisen, 1200 fm Nadel-schnittholz und 2100 t Zement; StdAA 45/1286, Todt [GBBau] an Mayr [Abschrift], 27. 5. 1939.

<sup>366</sup> StdAA 36/8, Richard Hohenner [stellvertretender Leiter des Wirtschaftsamts] an Ludwig Klein [zu dieser Zeit Sonderbeauftragter für den Vierjahresplan], 6. 3. 1941.

<sup>367</sup> Die Zahlen sind der Aufstellung für Todt entnommen (s. Anm. 345). In München beliefen sich die letzten Kostenschätzungen für die gesamte Umgestaltung auf aberwitzige 2,8 Milliarden RM; Andrea Bärnreuther, *Revision der Moderne* unterm Hakenkreuz. Planungen für ein „neues München“, München 1993, S. 130.

<sup>368</sup> Vgl. dazu demnächst die Arbeit von Katrin Holly über die kommunalen Finanzen Augsburgs während der NS-Zeit.

<sup>369</sup> Vgl. Sopade 1938, S. 147–149; Wahl, „...es ist das deutsche Herz“, S. 230–233; Giesler, *Ein anderer Hitler*, S. 136 f.; Speer, *Spandauer Tagebücher*, S. 146.

<sup>370</sup> Mayr, *Rede des Oberbürgermeisters*, S. 32.

<sup>371</sup> So argumentiert Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt a.M. 2005, hier v.a. S. 49–90. Seine Thesen sind allerdings größtenteils nur oberflächlich belegt und halten einer kritischen Überprüfung nur teilweise stand. Vgl. die Rezension von Mark Spoerer in: *H-Soz-u-Kult*, 26. 05. 2005, URL: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2005-2-143>.

und Gauhauptstädten setzten die rücksichtslose Ausbeutung und Ausplünderung Europas voraus.<sup>372</sup> Das Fundament des Augsburgs Gauforumprojektes hätte im Falle seiner Realisierung aus Raub und Zwangsarbeit bestanden.<sup>373</sup>

Die dämpfenden Töne des Oberbürgermeisters, mit denen er das Projekt in der Öffentlichkeit einführte, verweisen darauf, dass der Plan bei der Bevölkerung auf wenig Gegenliebe stieß. Die Augsburgs wollten für das Gauforum keinesfalls tiefer in die eigene Tasche greifen. Bei einigen, die selbst wegen der Beschränkungen für Kapital, Arbeitskräfte und Materialien nicht bauen konnten, machte sich Verbitterung breit. Nicht wenige Augsburgs waren der Ansicht, dass ihre Heimatstadt Wohnungen weitaus dringender benötigte als Protzbauten für die Ewigkeit.<sup>374</sup> Schneider vermerkte in steigendem Maße Stimmen, die wegen des Wohnungsmangels zuerst nach Ersatz für diejenigen Wohnungen verlangten, die dem Gauforum weichen sollten.<sup>375</sup> Doch die Augsburgs stießen sich nicht nur an den falschen Prioritäten, sondern fällten auch ein abschätziges ästhetisches Urteil über die Einschüchterungsarchitektur: Hinter vorgehaltener Hand kritisierten sie das geplante Gauforum als „Steinhaufen“<sup>376</sup>. Wenige Tage nach der offiziellen Ankündigung gab Gauleiter Wahl unumwunden zu, dass die überwiegende Mehrheit der Augsburgs das Projekt ablehnten: „[W]enn nun wir Nationalsozialisten an die Bevölkerung der Stadt Augsburg die Frage richten würden, ob die Stadt in der Weise ausgebaut werden soll, wie es der Führer befohlen hat, so würden 90% ‚Nein‘ sagen, 90% von Leuten, die keinen blassen Dunst haben, die das grosse Geschehen, das ihren Horizont übersteigt, nicht begreifen können. Wir sind aber der Meinung, der Führer hat Recht und hat immer Recht gehabt.“<sup>377</sup> Während der Gauleiter demonstrierte, mit welcher Überheblichkeit er im Zweifelsfall über die Bedürfnisse der ihm angeblich so am Herzen liegenden Bevölkerung hinwegging, schätzte sein Stimmungsbarometer in Augsburg die Lage kritischer ein. Die Belastungen „hinsichtlich Arbeitszeit und sonstiger Beanspruchung an Steuern und Abgaben, an Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung, an Materialknappheit, an Wohnungsnot und -elend“ seien gerade noch tragbar, aber jede weitere Beanspruchung werde „zu ziemlichen Schwierigkeiten, wenn nicht gar Widerständen“<sup>378</sup> führen.

Der Stadtverwaltung oblag nun die Quadratur des Kreises, nämlich das Gauforumsprojekt zu realisieren, ohne die Bevölkerung dafür bezahlen zu lassen. Der vielversprechendste Finanzierungsplan Mayrs zielte in gewissem Sinne doch auf die Augsburgs Steuer Gelder. Augsburg sollte demnach in den Genuss eines Steuerprivilegs kommen, das den so genannten Führerstädten Berlin, München, Nürnberg und Hamburg gewährt worden war. Es handelte sich um die Rücküber-

<sup>372</sup> Dülffer/Thies/Henke, Hitlers Städte, S. 16 f.

<sup>373</sup> Dasselbe war den Planern in Hamburg durchaus bewusst; ebd., S. 18 Anm. 49.

<sup>374</sup> StAA NSDAP Gauleitung von Schwaben Nr. 1/19, Stimmungsbericht für den Monat März 1939; Politischer Lagebericht, 26. 6. 1939.

<sup>375</sup> Ebd., Politischer Lagebericht, 25. 4. 1939.

<sup>376</sup> Ebd., Stimmungsbericht für den Monat Mai 1939.

<sup>377</sup> StAA 49/93, Niederschrift über eine Besprechung wegen der Eingliederung von Ortsgemeinden in den Stadtkreis Augsburg, 4. 4. 1939.

<sup>378</sup> StAA NSDAP Gauleitung von Schwaben Nr. 1/19, Politischer Lagebericht, 26. 6. 1939.

weisung der Bier- und Grunderwerbssteuer sowie der Körperschaftssteuer für die Versorgungsbetriebe, die die Städte nach dem 3. Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichs an das Reich abzuführen hatten. Bereits im Januar 1939 sicherte Adolf Wagner Augsburg seine Unterstützung zu und versprach, sich bei Staatssekretär Reinhardt dafür einzusetzen.<sup>379</sup> Ende Februar erfuhr Mayr im Reichsfinanzministerium, dass Augsburg mit dieser Vergünstigung rechnen könne.<sup>380</sup> In seinem ausführlichen Antrag bezifferte Mayr die Rückflüsse für das Rechnungsjahr 1938 auf rund 2,4 Mill. RM.<sup>381</sup> Reichsfinanzminister Lutz Schwerin von Krosigk lehnte jedoch ab, ohne zuvor den zuständigen Abteilungsleiter oder Staatssekretär Reinhardt gehört zu haben. Mayrs Verbindungsmann im RMF, Herbert Bernhardt, teilte dem Oberbürgermeister die betrübliche Nachricht mit und versah sie mit dem Zusatz: „Wir brauchen einen neuen Finanzminister!“<sup>382</sup> Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Angelegenheit suchte Schwerin von Krosigk Rückenbedeckung in der Reichskanzlei. Wenn man durch eine Genehmigung für Augsburg einen Präzedenzfall schaffe, werde man den Zweck der Änderung des Finanzausgleichs unterlaufen, nämlich „dem Reich für seine großen Aufgaben neue Mittel zur Verfügung zuzuführen“<sup>383</sup>. Dieser Ansicht schloss sich Leo Killy, den Lammers 1933 in den Führungsstab der Reichskanzlei geholt hatte, unverblümt an. Was man Augsburg gewähre, werde man den anderen Städten schlechthin abschlagen können. Angesichts der großen Zahl der Gauforumspläne müsse dies die beabsichtigte Wirkung des Finanzausgleichs größtenteils konterkarieren.<sup>384</sup>

Die „großen Aufgaben“, von denen Schwerin von Krosigk verschleiern sprach, waren nichts anderes als forcierte Kriegsvorbereitungen. Gegen diese Priorität nutzte auch die Rückendeckung aus dem RMI nichts. Fricks Staatssekretär Hans Pfundtner stellte sich entschieden auf die Seite Augsburgs, was Killy in seiner Sichtweise allerdings nur bestätigte. Die Sachlage, so Killy in einer Stellungnahme für Lammers, stelle sich eben so dar, „daß je nach Verfahren entweder die Gemeinden mit Bauaufträgen oder das Reich in Finanzschwierigkeiten geraten. In erster Linie müsste aber m.E. für die Aufrechterhaltung einer geordneten Finanzwirtschaft des Reiches Sorge getragen werden.“<sup>385</sup> Die Aufrüstung hatte bereits zu diesem Zeitpunkt einen derartigen Berg kurzfristiger Schulden aufgetürmt, dass von einer „geordneten“ Finanzwirtschaft keine Rede mehr sein konnte.<sup>386</sup> Schließlich trug Lammers die Sache Hitler vor, der grundsätzlich der Argumentation des Finanzministers folgte.<sup>387</sup> Damit war der Versuch der Stadt endgültig

<sup>379</sup> StdAA 45/1280, Mayr an Kellner u. Sametschek, 22. 1. 1939.

<sup>380</sup> StdAA 45/1282, Vormerkung Ott, 4. 3. 1939.

<sup>381</sup> Ebd., Mayr an Schwerin von Krosigk, 17. 3. 1939.

<sup>382</sup> StdAA 45/1280, Bernhardt an Mayr, 27. u. 28. 3. 1939 (Zitat).

<sup>383</sup> BA R 43 II/1013, Schwerin von Krosigk an Lammers, 12. 4. 1939.

<sup>384</sup> Ebd., Killy an Lammers, 2. 5. 1939.

<sup>385</sup> Ebd., Surén an Schwerin von Krosigk [Abschrift], 26. 5. 1939; Killy an Lammers, 1. 6. 1939.

<sup>386</sup> Vgl. dazu Heinrich-Karl Hansmeyer/Rolf Caesar, Kriegswirtschaft und Inflation (1936 bis 1948), in: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975, hg. von der Deutschen Bundesbank, Frankfurt a.M. 1976, S. 376–429.

<sup>387</sup> BA R 43 II/1013, Lammers an Schwerin von Krosigk, 13. 6. 1939.

gescheitert, auf dem Wege einer Steuerrücküberweisung das Gauhauptstadtprojekt zu finanzieren. Nachdem das RMI diesen niederschmetternden Bescheid auf dem Instanzenweg nach Augsburg durchgereicht hatte, telefonierte Ott mit dem Leiter der Kommunalabteilung im RMI und teilte ihm mit, dass im Hauhalt der Stadt ein Loch von 2,5 Millionen RM klaffte.<sup>388</sup> Wenigstens diesen Betrag hoffte Augsburg als einen Vorschuss auf die zu erwartende Reichshilfe zu erlangen. Doch obwohl das RMI Ott seine Unterstützung versprach, rührte sich das RMF nicht im Geringsten. Ein halbes Jahr später bekam Kellner deswegen kalte Füße. Mit einem ungedeckten Fehlbedarf in dieser Größenordnung war an eine Wiederaufnahme der Arbeiten nicht zu denken, für die die Stadt ja in Vorkasse zu treten hatte. „Dann aber“, fuhr Kellner fort, „wird sich niemand finden, der bereit und in der Lage ist, für die Folgen einzustehen, die sich aus der offenen oder stillen Ablehnung eines Wunsches oder gar Auftrages der höchsten Stelle für den verantwortlichen Leiter der Gemeinde ergeben müssen.“<sup>389</sup> Mit anderen Worten: Kellner bekam es mit der Angst zu tun. Die Beinahe-Absetzung Mayrs hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Doch es nutzte nichts. Nachdem das Finanzministerium der ausführlichen Antragsbegründung entnehmen konnte, dass die Stadt durchaus noch flüssige Kassenmittel hatte, wegen der zweieinhalb Millionen also nicht in Zahlungsschwierigkeiten geriet, lehnte Schwerin von Krosigk es ab, Augsburg aus der Patsche zu helfen.<sup>390</sup>

Zu diesem Zeitpunkt ruhten die Arbeiten am Gauforum bereits. Der Krieg machte die hochfliegenden Träume der Stadtverwaltung zunichte. Am 9. März 1939, einem Datum, das sich für die schwäbische Gauhauptstadt mehr und mehr zum symbolischen Pendant des 30. Januar entwickelte, hatte Mayr den Startschuss gegeben. Zunächst trieb die Stadt die Durchführung mit ungeheurem Tempo voran. Die Vorgärten der Fuggerstraße zwischen Stadttheater und Adolf-Hitler-Platz wurden eingeebnet, die Linden am Straßenrand gefällt. Währenddessen mussten die ersten Bewohner im Abrissgebiet ihre Häuser und Wohnungen verlassen. Als Räumungstermin setzte Mayr den 1. Oktober fest.<sup>391</sup> Um der Stadt den enorm erweiterten administrativen Zugriff auf die benötigten Häuser und Grundstücke zu verschaffen, mussten der genaue Geltungsbereich für das Neugestaltungsgesetz auf dem Weg von Durchführungsanordnungen deklariert werden. Formell tat dies Gauleiter Wahl als Beauftragter für die Neugestaltung Augsburgs. Tatsächlich jedoch legte Sametschek in enger Absprache mit Giesler die Bereiche fest und formulierte die Anordnungen, die Mayr lediglich zum Unterzeichnen an

<sup>388</sup> StdAA 45/1282, Vormerkung Ott, 19. 10. 1939.

<sup>389</sup> Ebd., Kellner an Wahl [RegPräs], 9. 9. 1940. Mayr wiederholte die Bitte am 9. November.

<sup>390</sup> BA R 43 II/1013, Kellner an RegSchw, 14. 6. 1940 [Abschrift]; StdAA 45/1282, Schwerin von Krosigk an Frick [Abdruck], 1. 12. 1940. Sowohl die Reichskanzlei als auch das RMI hatten sich nochmals vergeblich für Augsburg eingesetzt; BA R 43 II/1013, Pfundtner an Schwerin von Krosigk, 23. 8. 1940; Lammers an Schwerin von Krosigk, 31. 8. 1940. Am Ende musste die Stadt dafür ein Darlehen aufnehmen; StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrates 1944, Sitzung vom 30. 3. 1944, Beil. 1: Vorbericht Otts zum Nachtragshaushalt 1943.

<sup>391</sup> StdAA 45/1277, Vormerkung Bobinger, 14. 3. 1939.

Wahl schickte und hernach im Amtsblatt veröffentlichte.<sup>392</sup> Bis Ende August erschienen so in rascher Folge sechs Bereichserklärungen.<sup>393</sup> Auch die Durchführungsverordnung zum Führererlass vom 17. Februar entstammte der Feder Sametscheks. Sie regelte die näheren Zuständigkeiten und schuf die rechtliche Grundlage, um den Friedhof zu schließen. Das Arbeitsministerium als zuständige Behörde hatte sich wiederum an Wahl mit der Bitte um einen Vorschlag gewandt.<sup>394</sup> In diesem Fall stimmte Wahl nicht sofort zu. Erst nach längeren Verhandlungen beantragte er die Verordnung in der von der Stadtverwaltung gewünschten Form.<sup>395</sup> Während anderenorts die Gauleiter ihre Funktion als Beauftragte für die Gaubauten dazu nutzten, die Planungszuständigkeiten der staatlichen und kommunalen Verwaltung praktisch außer Kraft zu setzen,<sup>396</sup> konnte die Augsburger Baubehörde ihre Vorstellungen im Wesentlichen durchsetzen.

Sicherte sich die Stadtverwaltung auf diese Weise wesentliche rechtliche Kompetenzen, so war sie auf der anderen Seite bemüht, die finanziellen und organisatorischen Lasten zum Teil auf die Schultern der Partei abzuwälzen. Der Reichsschatzmeister der NSDAP Franz Xaver Schwarz, Mayr durch landsmannschaftliche Sympathien und eine Bekanntschaft noch aus der „Kampfzeit“ verbunden, hatte schon Ende 1938 signalisiert, dass er einen Teil der Kosten auf die Parteikasse übernehmen werde.<sup>397</sup> Zwei Monate später versprach er nach einer Besichtigung des Modells voller Begeisterung, Gauhaus, Turm und Aufmarschplatz zu bezahlen.<sup>398</sup> Diese Zusage goss Mayr in eine juristisch verbindliche Form. Dafür, dass die NSDAP als Bauträgerin das Gauforum nahezu allein erstellte, führte die Stadtverwaltung sämtliche Grundstückskaufverhandlungen, verwaltete bis zum Beginn der Bauarbeiten diese Grundstücke und trat diejenigen, die sich im städtischen Besitz befanden, zur Hälfte des eigenen Erwerbspreises an die Partei ab.<sup>399</sup> Es gelang Mayr sogar, dem widerstrebenden Giesler die Ausführung der Gaubauten aufzubürden. Giesler selbst, den die Neugestaltung Münchens wohl mehr reizte, hatte dies noch während einer Besprechung am 24. Februar 1939 rundheraus abgelehnt. Er wollte höchstens die Oberleitung behalten und seinen Beitrag

<sup>392</sup> StdAA 45/1276, Mayr an Wahl, 7. 3. 1939 (1. und 2. Durchführungsanordnung); Wahl an Mayr, 23. 3. 1939.

<sup>393</sup> *Amtsblatt der Stadt Augsburg* 1939, S. 53, 60 (Anordnung Nr. 1 und 2, 23. März), 68 (Nr. 3 und 4, 6. April) u. 107 (Nr. 5, 27. Mai). Die 6. Anordnung wurde nicht veröffentlicht.

<sup>394</sup> StdAA 45/1277, RMA an Wahl [Abschrift], 6. 4. 1939.

<sup>395</sup> Strittig war vor allem die Frage, ob der Oberbürgermeister oder Wahl als Regierungspräsident die letzte Entscheidung bei etwaigen Zwangsentziehungen zukommen sollte. Vgl. ebd., Mayr an Wahl, 17. 6. 1939; Traeg an Mayr, 29. 5. 1940; Sametschek an Mayr, 9. 10. 1940. Nachdem Wahl den Vorschlag an das RMA geschickt hatte, dauerte es noch über ein Jahr, bis sie am 26. März 1941 erschien; s. RGBl. 1941 I, S. 174.

<sup>396</sup> Dies beklagte Frick 1941 ausdrücklich: BA R 1501/1528, Frick an Lammers, 23. 7. 1941.

<sup>397</sup> StdAA 45/1278, Vormerkung Sametschek, 19. 12. 1938. Schwarz stammte aus Günzburg und war zwischen 1900 und 1925 als Beamter bei der Stadt München beschäftigt.

<sup>398</sup> StdAA 45/1276, Vormerkung Sametschek, 2. 3. 1939.

<sup>399</sup> StdAA 45/1315, Übereinkommen zwischen der NSDAP, vertreten durch den Reichsschatzmeister [Franz Xaver Schwarz], und der Stadtgemeinde Augsburg, vertreten durch den Oberbürgermeister [Josef Mayr], 26. 5. 1939.

auf die „schöpferische Kraft der baukünstlerischen Aufgaben“ beschränken.<sup>400</sup> Im Klartext hieß das, dass Giesler ohne Rücksicht auf praktische Einwände seitens der Stadt seine ästhetischen Vorstellungen durchzudrücken gedachte und die dadurch entstehenden Probleme gerne den niederen Chargen der Stadtverwaltung überließ. Nicht zuletzt weil Hitler seinem Architekten mehr zutraute als der städtischen Bauverwaltung, blieb die organisatorische Kärnerarbeit dennoch an Giesler hängen.<sup>401</sup>

Wie von den Furien gehetzt trieb die Stadtverwaltung das Projekt voran. Ein Zwischenbericht Sametscheks listete Anfang Juli 1939 nicht weniger als 25 Stellen auf, an denen Bauarbeiten oder Verhandlungen im Gange waren.<sup>402</sup> Um die Grundstücksverhandlungen zu beschleunigen, wurde im August ein zusätzlicher juristischer Hilfsarbeiter eingestellt.<sup>403</sup> Hinter diesem Tempo stand der Befehl Hitlers, alles so weit vorzubereiten, dass Ende September oder Anfang Oktober im Anschluss an den Reichsparteitag 1939 der Grundstein für das Gauforum gelegt werden könnte.<sup>404</sup> Auch Giesler und Wahl wünschten sich diesen Termin. Doch trotz des Bienenfließes der Stadtverwaltung blieben die konkreten Ergebnisse in den Anfängen stecken. Bereits drei Wochen nach dem offiziellen Startschuss beklagte sich Sametschek bei Giesler, dass er nicht genügend Arbeiter für die Baustelle auf der Fuggerstraße bekomme.<sup>405</sup> Aus diesem Grund nahm er den zweiten Abschnitt der Prachtstraße nicht zum vorgesehenen Termin in Angriff.<sup>406</sup> Im August 1939, mitten in der besten Saison, konnte die Stadt nur 256 Arbeiter einsetzen, weniger als die Hälfte der benötigten Zahl. Um den mehr als ehrgeizigen Zeitplan einzuhalten, hätte Sametschek bis Anfang November 1540 Männer gebraucht.<sup>407</sup> Während die Stadt einige Baustellen nur notdürftig besetzte, blieben andere gänzlich unbesetzt. Eine polykratische Dienststelle machte aus diesem ärgerlichen Missstand eine tödliche Bedrohung des ganzen Projekts. Die sechste Anordnung des Generalbevollmächtigten für die Bauwirtschaft vom 4. August 1939 verhängte nämlich einen generellen Baustopp. Ausnahmen galten für den Wohnungsbau, die Landesverteidigung sowie für „staatspolitisch wichtige“ Bauwerke. Diesen Erlass gab das RMI zusammen mit einer Reihe von Durchfüh-

<sup>400</sup> StdAA 45/1278, Vormerkung Sametschek, 24. 2. 1939.

<sup>401</sup> Im September vermerkte Sametschek, dass Schwarz mit Giesler einen förmlichen Vertrag über die Bauausführung aufgesetzt hatte; ebd., Aktennotiz Sametschek, 13. 9. 1939. Gieslers Memoiren betonen dagegen irreführend, die Stadt habe auf die Bauleitung bestanden, er selbst habe in Hitler den eigentlichen Bauherren gesehen; Giesler, Ein anderer Hitler, S. 134f.

<sup>402</sup> StdAA 45/1278, Vormerkung Sametschek, 1. 7. 1939.

<sup>403</sup> StdAA P 17/1619, Kellner an den Landesgerichtspräsidenten beim LG Augsburg, 29. 7. 1939. Empfohlen hatte Dr. Werner Martin ausgerechnet der mit ihm verwandte ehemalige Oberbürgermeister Bohl; ebd., Martin an Ott, 25. 8. 1945.

<sup>404</sup> StdAA 45/1279, Mayr an Göring, 11. 8. 1939.

<sup>405</sup> StdAA 45/1279, Sametschek an Giesler, 6. 4. 1939.

<sup>406</sup> StdAA 45/1278, Vormerkung Sametschek, 1. 9. 1939.

<sup>407</sup> Die bereits begonnenen Teilprojekte litten unterschiedlich stark. An den Ersatzwohnungen arbeiteten statt 70 nur 25 Männer, bei der Erweiterung des Westfriedhofs waren es sechs statt 60, im Straßenbau 82 statt 100 und im Kanalbau 143 statt 300; StdAA 45/1279, Aufstellung über die benötigten Arbeiter, 18. 8. 1939.

rungsbestimmungen an die innere Verwaltung weiter und präzierte an die Adresse der Gemeinden: „Neue Bauvorhaben der Gemeinden und Gemeindeverbände, die auf der Baustelle noch nicht in Angriff genommen worden sind, dürfen nicht mehr begonnen werden, es sei denn, daß es sich um Baumaßnahmen handelt, die von der Bausperre ausdrücklich ausgenommen sind.“<sup>408</sup>

Diese Entwicklung vor Augen, führte Mayr in der ersten Augushälfte eine Reihe von Krisenbesprechungen mit Giesler, dem Leiter des Arbeitsamtes und Vertretern der Bauwirtschaft. Die letzte Chance, die Gaubauten fortzuführen bzw. in weiten Teilen erst in Angriff zu nehmen, lag darin, ihnen den Sonderstatus „staatspolitisch wichtiger“ Aufgaben zu verschaffen, und zwar möglichst durch eine direkte Intervention bei Hitler selbst. Allerdings scheiterten sämtliche Versuche Mayrs, die bürokratischen Hürden zu überwinden, den heimischen Arbeitsmarkt gegen weitere Abzüge abzuschotten und vor allem tschechische „Fremdarbeiter“ zugewiesen zu bekommen.<sup>409</sup> Nach dem deutschen Angriff auf Polen stellte zunächst Reichsschatzmeister Schwarz seine Förderung ein und legte die Vorbereitungen für die Grundsteinlegung auf Eis.<sup>410</sup> Giesler, der um die Verwirklichung „seines“ Gauforums fürchtete, bat die Stadt zwar inständig, die Planungen weiterzuführen, um nach einem raschen Kriegsende sofort weiterbauen zu können. Dies war auch der erklärte Wille Hitlers.<sup>411</sup> Doch der weitere Kriegsverlauf sprach allen derartigen optimistischen Annahmen Hohn. Obwohl ein Mitarbeiter Gieslers Gebietsbeauftragter für Schwaben des Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft war, konnte er noch nicht einmal Walter Freyberger vom Heeresdienst freistellen, den Leiter des Neubauamtes und nach Sametschek wichtigsten Mann der Stadtverwaltung für die Neugestaltungspläne. Schließlich war das technische Personal der Bauverwaltung derart zusammengeschrumpft, dass „von irgendeiner vorbereitenden Tätigkeit für die Neugestaltung von Augsburg fast keine Rede mehr“<sup>412</sup> sein konnte. Die letzte nennenswerte Handlung der Stadtverwaltung im Rahmen der Planungsvorbereitungen bestand in einer Besichtigung eines Granitvorkommens im Fichtelgebirge Anfang

<sup>408</sup> BA R 1501/5370, Pfundtner an die Landesregierungen und Regierungspräsidenten [mit Abdrucken für die Oberbürgermeister], 28. 9. 1939.

<sup>409</sup> StdAA 45/1279, Antrag Mayrs an die Reichsausgleichsstelle für Arbeitsvermittlung, 11. 8. 1939. Gleichzeitig beantragte der Oberbürgermeister, die Gaubauten als „staatspolitisch wichtig“ und die begleitenden Wohnungsbauprogramme als Dienstpflichtmaßnahme anzuerkennen; ebd., Mayr an Göring [Abschrift], 11. 8. 1939. Der Leiter des Augsburger Arbeitsamtes hatte auf 6000 bis 7000 tschechische Arbeiter aufmerksam gemacht, die zu dieser Zeit in Garmisch beschäftigt waren. Mayr konnte indessen nicht einmal die Baracken auftreiben, in denen die Tschechen hätten untergebracht werden sollen. Das RMA, an das die Vierjahresplanbehörde Görings den Antrag weitergeleitet hatte, schob den Augsburger Wünschen einen Riegel vor; ebd., RMA an das Landesarbeitsamt Bayern, 11. 9. 1939.

<sup>410</sup> StdAA 45/1286, Schwarz an Mayr [Abschrift], 25. 9. 1939.

<sup>411</sup> StdAA 45/1278, Giesler an Sametschek, 6. 3. 1940; Vormerkung Sametschek, 12. 7. 1940.

<sup>412</sup> StdAA 45/1279, Sametschek an Giesler, 11. 2. 1941. Neben Freyberger fehlten seit Mitte 1940 zehn weitere Techniker und Beamte; ebd., Hüper an Architekt Gimple [Gebietsbeauftragter des GBBau für Schwaben], 15. 7. 1940. Zu den verwickelten Zuständigkeiten und Bezeichnungen des Apparates von Speer und Giesler vgl. Bärnreuther, *Revision der Moderne*, S. 121 f.

November 1941. Schließlich beendete eine Anweisung aus der Reichskanzlei unmittelbar nach dem „Erlass des Führers zur weiteren Vereinfachung der Verwaltung“<sup>413</sup> explizit die weiteren Planungen in sämtlichen Neugestaltungsstädten.<sup>414</sup>

Die Stadt musste froh sein, dass ihr die Verwirklichung der monströsen Gaubauten erspart blieb. Buchstäblich in letzter Minute, bevor das erste Haus abgerissen werden sollte, stoppte der Kriegsausbruch alle weiteren Verschandelungen des Stadtbildes. Hitlers Wünschen fielen so nur ein paar Vorgärten und Alleebäume zum Opfer. Mithin könnte man meinen, dass der Stadt unterm Strich nur Ärger und ein geringfügiger Verlust<sup>415</sup> blieb. Vor der Spruchkammer stellte Mayrs Verteidiger die Haltung seines Mandanten so hin, als habe er wegen der unsinnigen finanziellen Zumutungen den Fortgang der Planungen bewusst gebremst.<sup>416</sup> Diese Darstellung stellte die Tatsachen geradezu auf den Kopf. Obwohl Mayr seine skrupulöse Sorge um das finanzielle Gleichgewicht Augsburgs keineswegs fahren ließ, förderte er das Neugestaltungsprojekt mit allem Nachdruck. Dazu hatte er auch allen Grund. Hitlers Befehl, Augsburg zur Gauhauptstadt auszubauen, wertete die schwäbische Regionalmetropole immens auf. Was dies für die kommunale Verwaltungsrealität bedeutete, kann schlechthin nicht überschätzt werden. Unter den Bedingungen des Führerstaats konnte sich Augsburg keinen größeren Bonus ersehnen, als zur Führerstadt erhoben zu werden.

Augsburg vollführte einen gewaltigen Sprung in die nächsthöhere Hierarchieklasse. Nicht nur, dass Hitler persönlich die Gauanlagen in ihren wesentlichen Grundzügen entworfen hatte, er nahm auch während der gesamten Planungsphase regen Anteil an den Fortschritten. Auch innerhalb der Neugestaltungsstädte hatte Augsburg deswegen eine herausgehobene Stellung inne.<sup>417</sup> Lammers vermerkte Ende Dezember 1938 nach einem Vortrag bei Hitler, dass Augsburg neben Hamburg nunmehr bevorzugt behandelt werden sollte. Auch die von der Stadt erbetene Beihilfe von 2,5 Millionen RM befürwortete er mit dem Hinweis darauf, dass „der Führer seinem besonderen Interesse am Ausbau Augsburgs“

<sup>413</sup> Der Erlass wurde nicht veröffentlicht, sondern durch Rundschreiben den Obersten Reichsbehörden mitgeteilt. Auf diesem Wege gelangte er auch nach Augsburg; StdAA 42/307, Schwaab an Mayr, 28. 2. 1942 [Anlage]. Vgl. zur Entstehung und Intention des Erlasses Rebenitsch, Führerstaat, S. 463–467.

<sup>414</sup> StdAA 45/1276, Lammers an Speer, Ley, Himmler, die Reichsstatthalter und Gauleiter [Abdruck], 2. 4. 1942.

<sup>415</sup> Die Stadt blieb auf einer Rückforderung von 18500 RM sitzen, die sie als Honorarvorschuss an Giesler gezahlt hatte und von Schwarz ersetzt bekommen sollte. Bis Kriegsende zahlte dessen Oberste Bauverwaltung jedoch nicht. Auch nach Kriegsende zeigte sich das Bayerische Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung nicht bereit dafür aufzukommen; schließlich verfiel die Forderung gem. § 14 des Umstellungsgesetzes vom 27. 6. 1948; vgl. die Vorgänge dazu in StdAA 45/1278.

<sup>416</sup> StAA SkA Augsburg-Stadt I u. III, M-939, Bd. 1, Antrag Dr. Reiserts auf Überprüfung des Berufungskammerentscheids vom 16. 11. 1948 der Berufungskammer Augsburg, 19. 1. 1949, S. 8.

<sup>417</sup> Vgl. eine Aufstellung Speers von 23 Neugestaltungsstädten; RGWA 1409–2–22, Speer an Schwarz, 19. 2. 1941, aus anderer Überlieferungsquelle abgedruckt in: Dülffer/Thies/Henke, Hitlers Städte, S. 64–79. Nur für Augsburg und Bayreuth hatte Hitler persönlich die Initiative gegeben.

wiederholt Ausdruck verliehen habe.<sup>418</sup> In Augsburg war man sich des planerischen Vorsprungs wohl bewusst und fürchtete nach Kriegsausbruch, diesen Vorteil einzubüßen. Giesler versicherte jedoch aus direkter Quelle, dass Hitler sich weiterhin für Augsburg einsetze.<sup>419</sup>

Das Wohlwollen Hitlers schlug sich in Prestige und Privilegien nieder. Die schwäbische Gauhauptstadt machte in der überregionalen Presse von sich reden.<sup>420</sup> Das Projekt zog Prominente an. Im Mai 1941 reisten Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß, Reichspostminister Wilhelm Ohnesorge, der Reichspresseamtsleiter, Präsident der Reichspressekammer und Chef des parteieigenen Eher-Verlags Max Amann sowie die Gauleiter Fritz Sauckel (Thüringen) und Jakob Sprenger (Hessen-Nassau) an, um das Modell der Gaubauten zu besichtigen. Diverse Städte, für die ebenfalls ein Gauforum vorgesehen war oder die danach trachteten, wandten sich mit der Bitte um Rat an die Stadtverwaltung.<sup>421</sup> Vor allem jedoch brachte der geplante Ausbau Mayr in direkten Kontakt zu Hitler, und zwar in Augsburg, München, Berlin und auf dem Obersalzberg. Damit stieg der Augsburger Oberbürgermeister in dieselbe politische Gewichtsklasse wie seine Kollegen Fiehler und Liebel auf. Das Gauforum erwies sich als Türöffner zu den entscheidenden Persönlichkeiten von Partei und Reichsverwaltung. Bis dahin war die Bayerische Staatsregierung der Bezugspunkt der Stadtverwaltung.<sup>422</sup> Sie klopfte in München an die Pforten, wo jedoch ungleich weniger Geld und Prestige zu gewinnen war als in Berlin, da das Reich den finanziellen Spielraum der Bayerischen Landesregierung binnen sechs Jahren drastisch eingeschränkt hatte.<sup>423</sup> Seit der Intervention Hitlers in die Planungen zur Jahreswende 1937/38 war das Projekt ganz oben angesiedelt, die Bayerische Staatsregierung wurde schlichtweg übergangen. Nunmehr verhandelten Mayr, Sametschek und Ott zum Teil auf Minister- und Staatssekretärebene mit der Reichsministerialbürokratie im Finanz-, Arbeits- und Verkehrsministerium. Das Innenministerium und die Reichskanzlei waren ebenso eng eingebunden wie der Hüter der Parteikasse und Speer, der Nachfolger Fritz Todts als Generalbevollmächtigter für die Regelung der Bauwirtschaft. Diese Kontakte zahlten sich aus, denn es gelang der Stadt, sie für ihr brennendstes Problem zu nutzen.

<sup>418</sup> BA R 43 II/1013, Aktennotiz Lammers, 21. 12. 1938; Lammers an Schwerin von Krosigk, 31. 8. 1940.

<sup>419</sup> StdAA 45/1278, Aktennotiz Sametschek, 1. 5. 1941.

<sup>420</sup> Vgl. die Artikel „Ein neues Augsburg im Werden“, *Kölnische Volkszeitung*, 22. 3. 1939; „Wandlungen im Bilde deutscher Städte“, *Frankfurter Zeitung*, 14. 4. 1939.

<sup>421</sup> Vgl. die Anfragen Bayreuths (11. 4. 1939), Posens (10. 9. 1939, beide in StdAA 45/1276), Königsbergs (20. 8. 1940), Reichenbergs (10. 7. 1941, beide in StdAA 45/1278) und Egers (4. 4. 1941; in StdAA 45/1277). Würzburg übernahm die Formulierungen aus der Verordnung über die Neugestaltung der Stadt Augsburg für die eigene entsprechende Verordnung vom 26. 1. 1942 wörtlich; RGBI. 1942, S. 48.

<sup>422</sup> Vgl. die „Denkschrift über die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Stadt Augsburg und ihre Wünsche gegenüber dem bayerischen Staat“ [1937], in: StdAA NL Förg, Druckschriften. Im Schlusswort bezog sich Mayr auf das Interesse Sieberts, der die Denkschrift selbst angeregt hatte; ebd., S. 51.

<sup>423</sup> Mathias Rösch, „Hammer oder Amboß?“ Zur Rolle des Bayerischen Finanzministeriums 1933–1945. Strukturen, Entwicklungslinien, Fragestellungen, in: Rumschöttel/Ziegler (Hg.), Staat und Gaue, S. 217–243, hier S. 233–238.

*Die Wohnungsbaupolitik der Stadtverwaltung*

Noch bevor das Gauforum sämtliche bis dahin gültigen Stadtplanungen über den Haufen warf, war innerhalb der Stadtverwaltung die Einsicht gereift, dass alle bisherigen Ansätze zur Überwindung der Wohnungsnot mit dem sprunghaften Wachstum der Augsburger Bevölkerung nicht Schritt hielten. Steinhauser forderte massive finanzielle Unterstützung des Reiches für ein großzügiges Wohnungsbeschaffungsprogramm. Sein Urteil über die bis dahin verfolgte Wohnungsbaupolitik war vernichtend: „Alles, was bisher auf diesem Gebiet geleistet wurde, ist, ohne den Bemühungen die Anerkennung zu versagen, Flickwerk geblieben.“<sup>424</sup> Mayr blies in dasselbe Horn. Ohne die breite finanzielle Unterstützung des Reiches und Bayerns, so der Oberbürgermeister in einem seiner Bettelbriefe nach München, könne er den Anforderungen nicht gerecht werden, die der steigende Wohnungsbedarf an die Stadt richte, denn die „normalen Mittel“, d.h. Reichsbürgschaften, Kleinsiedlungs- und Volkswohnungsbau, reichten dazu bei weitem nicht aus.<sup>425</sup> Nachdem Hitler den Ausbau Augsburgs verfügt hatte, galt dies umso mehr. Deshalb sann die Stadtverwaltung auf neue Wege im Wohnungsbau. Die Richtung, die sie dabei einschlug, radikalisierte die von Steinhauser bereits ab Ende 1935 verfolgte Tendenz zum rationalisierten Massenmietwohnungsbau. In verschiedenen Neubausiedlungen sollten insgesamt 2000 neue Wohnungen entstehen. Neu und den spezifischen Bedingungen des polykratischen Führerstaates geschuldet war das Konzept, mit dem dieses Vorhaben verwirklicht werden sollte. Es trug den politischen Rahmenbedingungen und den konkreten Machtverhältnissen Rechnung.

Tragende Säule des Konzepts war die Beteiligung mächtiger Akteure auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, namentlich der DAF. Diese Option berücksichtigte zwei Entwicklungslinien. Erstens bedurfte es politisch wie finanziell potenter Partner, um überhaupt noch bauen zu können, denn zwischen 1936 und 1939 wurde der Wohnungsbau in der Praxis „absolut nachrangig“<sup>426</sup> behandelt. Zweitens zeichnete sich in dieser Phase bereits der Aufstieg der DAF zum bestimmenden Akteur in der Wohnungspolitik ab.<sup>427</sup> Noch bevor Ley zum Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau berufen wurde, verfügte die Stadtverwaltung mit ihrem ehemaligen Sparkassenleiter Hans Strauch über einen exzellenten Kontakt in die Führungsspitze der DAF.<sup>428</sup> Im April 1937 verhandelte Mayr in Berlin

<sup>424</sup> StdAA 45/975, Steinhauser an DGT, 3. 5. 1937.

<sup>425</sup> Mit seinen Finanzierungswünschen verband Mayr eine scharfe Kritik an den vom RMA vorgeschriebenen Wohnungsgrößen und -typen; StdAA 45/1019, Mayr an BayStMWi, 29. 1. 1937.

<sup>426</sup> Harlander, *Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine*, S. 182.

<sup>427</sup> Vor allem die DAF-eigene Volksfürsorge Lebensversicherungs AG, von der auch die Stadt Augsburg Wohnungsbaukredite erhielt, steckte enorme Summen in zwar unrentable, aber politisch gewollte Prestigeprojekte, nicht zuletzt auf dem Gebiet des Wohnungs- und Siedlungsbaus. Vgl. dazu Ingo Böhle, *Die Volksfürsorge AG – ein Unternehmen der Deutschen Arbeitsfront im „Dritten Reich“*, in: *ZfU* 44 (1999), S. 49–78, hier S. 59f.

<sup>428</sup> Vgl. oben S. 144. Strauch kontrollierte ab April 1938 als Leiter der wirtschaftlichen Unternehmungen der DAF deren gesamte Finanzmasse.

wegen einer finanziellen Beteiligung der DAF an einer Mustersiedlung für Schwaben. Sie sollte 400 Siedlerstellen und 600 Mietwohnungen umfassen und in mehreren Teilabschnitten realisiert werden. Dieser Vorstoß blieb jedoch im Sommer stecken, weil die DAF ihr Engagement davon abhängig machte, dass der gestiegene Wohnungsbedarf in Augsburg auf die Einrichtung neuer bzw. die Erweiterung bestehender Vierjahresplanbetriebe zurückgehe. Erst die Umgestaltungspläne für Augsburg brachten die Dinge wieder in Bewegung. „Aus Anlass der geplanten Grossbauten“ verdoppelte Mayr im Dezember 1937 den Umfang des Vorhabens auf 2000 Wohnungen. Finanzieren wollte er sie weiterhin mit Hilfe der DAF – und konnte darüber ein grundsätzliches Einverständnis mit Ley persönlich erzielen.<sup>429</sup>

Damit beflügelte das Gauhauptstadtprojekt den Wohnungsbau in zweierlei Hinsicht. Erstens ebnete es der Stadtverwaltung den Weg zu den maßgeblichen Entscheidungsträgern im RMA und bei der DAF. Sogar Hitler selbst sagte seine Anwesenheit bei der entscheidenden Besprechung über das Wohnungsbauprojekt zu.<sup>430</sup> Zweitens diente es als unabweisbares Verhandlungsargument. Für die Führerbauten hätten in der Tat 512 Wohnungen abgerissen werden müssen. Das entsprach etwa 1% des Wohnungsbestandes und war verhältnismäßig wenig.<sup>431</sup> Vor allem jedoch rechtfertigte diese Menge nur ein Viertel des Programms, das Mayr im Dezember 1937 auflegen ließ. Im Laufe des folgenden Jahres ergänzte der Augsburger Oberbürgermeister sein Vorhaben um weitere 1000 Wohnungen, so dass der direkt aus dem Gauforum erwachsende Bedarf nur ein Sechstel des Umfangs erklärte.<sup>432</sup> Eine Parallele zu den abgelehnten Entwürfen der Stadt für eine Ansiedlung des Gauforums im Süden der Stadt drängt sich auf. Hitlers Befehl wurde von der Stadtverwaltung vorgeschoben, um gleichsam im Kielwasser der Monumentalbauten ihre ansonsten kaum zu lösenden Wohnungsprobleme mit zu erledigen.

Nach drei Gesprächen mit Ley konnte Mayr am 28. März 1938 die erste Garde der DAF-Wohnungsexperten in Augsburg versammeln. Leys Stellvertreter Rudolf Schmeer war wegen des Einmarsches in Österreich zwar verhindert, aber der Leiter des Heimstättenamtes Ernst von Stuckrad kam zusammen mit der gesamten Führungsspitze der DAF-eigenen Wohnungsbaugesellschaft Gehag. Mayr ging mit einer extrem hohen Forderung in die Verhandlungen: Die DAF sollte der Stadt für die Hälfte der Gesamtkosten für die 2000 Wohnungen ein äußerst zinsgünstiges Darlehen über knapp 8,7 Mill. RM gewähren. Das lehnte die Gehag rundweg ab und verlangte ihrerseits, dass die Stadt die benötigten Grundstücke

<sup>429</sup> StdAA 45/1016, Vormerkung Sametschek, 20. 12. 1937.

<sup>430</sup> StdAA 45/1276, Vormerkung Sametschek, 5. 3. 1938. Er war dann allerdings doch nicht dabei.

<sup>431</sup> StdAA 45/1278, Sametschek an Speer, 22. 8. 1940. In Hamburg sollten nicht weniger als 30000 Wohnungen (6%) abgerissen werden, in Bayreuth 342 (2,9%); BA R 4606/3279, Stephan an Speer [Abschrift], 12. 9. 1940. München hätte 17000 Wohnungen (6,6%) verloren; Haerendel, Kommunale Wohnungspolitik, S. 386.

<sup>432</sup> Der Leiter des Stadtplanungsamtes hatte für den dritten Bauabschnitt, der diese Ergänzung enthalten sollte, bereits Gebiete herausgesucht und Bebauungsskizzen angefertigt; StdAA 45/1017, Max Demmel an Sametschek, 25. 10. 1938.

kostenlos und baureif zu stellen habe. Man einigte sich schließlich über den ersten Bauabschnitt von 904 Wohnungen, dem eine Mischfinanzierung zugrunde lag. Die größte und teuerste Hypothek über 2,5 Millionen RM musste die Stadt übernehmen. Die DAF erklärte sich bereit, 1,36 Millionen dazuzugeben, wenn das Reich im gleichen Umfang Reichsdarlehen bereitstellen würde. Die Bauleitung verblieb bei der Stadtverwaltung, während der WBG die Ausführung übertragen werden sollte, d. h. die DAF bzw. die Gehag trat lediglich als Geldgeberin in Erscheinung.<sup>433</sup> Sie führte allerdings auch die Verhandlungen mit dem RMA wegen der Reichsdarlehen für Augsburg. Im formellen Antrag, der außerdem noch Reichszuschüsse für die Erschließungskosten, Schulneu- bzw. -erweiterungsbauten umfasste, argumentierte von Stuckrad mit der geplanten Umgestaltung Augsburgs.<sup>434</sup>

Der Weg über die DAF brachte den erwünschten Erfolg. Während zu dieser Zeit im Wohnungsbau lange Entscheidungswege und bürokratische Hürden allerorten praktische Fortschritte nur im Kriechgang ermöglichten, herrschte in Augsburg nach 14 Tagen Planungssicherheit. Am 9. April ließ das RMA Mayr wissen, dass er mit den gewünschten Reichsdarlehen grundsätzlich rechnen könne.<sup>435</sup> Doch der Teufel steckte im Detail. Zum einen beanstandete das Ministerium die von der Stadt veranschlagten Baukosten als zu hoch, zum anderen weigerte es sich, mehr als 1250 RM pro Wohnung zu bewilligen. Weil die DAF wegen der im Vierjahresplan verankerten Verwendung von teuren Ersatzbaustoffen im Gegenteil mit höheren Baukosten rechnete, saß die Stadtverwaltung zwischen allen Stühlen. Die DAF bestand außerdem darauf, die Bauträgerschaft auf die Gehag zu übertragen. Nach mühsamen Verhandlungen brachte wiederum die DAF den Durchbruch, indem sie die von der Stadt eingesetzten Baukosten akzeptierte und ihren Darlehensbetrag um 227 000 RM erhöhte, die Differenz zwischen den beantragten und den bewilligten Reichsdarlehen.<sup>436</sup> Am 25. Juli konnte Mayr den Vertrag über den ersten Abschnitt im Umfang von 908 Wohnungen unterzeichnen. Der Finanzierungsplan, der Teil des Vertrags war, beteiligte die DAF mit insgesamt etwa 1,7 Millionen RM, fast 30% des Gesamtumfangs.<sup>437</sup>

Um überhaupt noch 1938 mit dem Bauen beginnen zu können, übernahm die Stadt die Bauleitung für die Hälfte des ersten Bauabschnitts. Die Probleme blieben stets dieselben: zu wenig Arbeitskräfte und Baustoffe. Vor allem die lächerlich geringen Zuteilungen von Bauholz ließen die Arbeiten stocken.<sup>438</sup> Zeitweise mussten sie sogar völlig eingestellt werden. Dass der erste Bauabschnitt überhaupt

<sup>433</sup> StdAA 45/1016, Lutz an Mayr, 23. 3. 1938.

<sup>434</sup> Ebd., v. Stuckrad an RMA [Durchschlag], 30. 3. 1938.

<sup>435</sup> Ebd., RMA an BayStMWi [Abschrift], 9. 4. 1938.

<sup>436</sup> Ebd., Strauch an Mayr, 5. 7. 1938; Dr. Karl Brockschmidt und Otto Molitz [beide Gehag] an Sametschek, 7. 7. 1938.

<sup>437</sup> Ebd., Vertrag zwischen der Stadt Augsburg und der Gehag, 25. 7. 1938 [Abschrift]; Gesamtfinanzierungsplan für das Volkswohnungsbauprogramm in Augsburg 1938/39, 19. 9. 1938.

<sup>438</sup> Im Februar 1939 bekam Schwaben nur 1200 m<sup>3</sup>, die Nachfrage lag bei 30 000 m<sup>3</sup>; StdAA 45/1016, Feile an Mayr, 3. 2. 1939. Der Versuch Mayrs, eine Änderung des Verteilungsschlüssels zu erwirken, scheiterte; ebd., BayStMWi an Mayr, 31. 3. 1939.

vollendet werden konnte, verdankte Augsburg der DAF. Deren Baugesellschaft – an die Stelle der Gehag trat die „Neue Heimat“ – konnte ganz andere Rohstoffquellen anzapfen als die kommunale Bauverwaltung, die den mühsamen Genehmigungsweg über das Arbeitsamt gehen musste. Als der Materialnachschatz stockte, sprang die Neue Heimat ein und übernahm die Versorgung mehrerer Großbaustellen auf ihr eigenes Kontingent. Trotz einiger unerfreulicher Streitereien mit dem Arbeitsamt bürdete sich die Neue Heimat schließlich über die Hälfte der Baustoffversorgung für den ersten Bauabschnitt auf. Sie tat dies, „[d]a wir sehr wohl wissen, daß diese Vorhaben nur durch die DAF Wirklichkeit werden können [...] und dies auch nur unter dem Druck der Verhältnisse, weil wir sonst eben wiederum die Gefahr laufen, daß der Baufortschritt auf der Baustelle Haunstetterstrasse unnötig lang sich hinauszieht.“<sup>439</sup>

Trotzdem dauerte es fast drei Jahre, bis alle Wohnungen des eigentlich für 1938 angesetzten ersten Bauabschnitts bezogen werden konnten.<sup>440</sup> Vor diesem Hintergrund entbehrten die Planungen für die folgenden Bauabschnitte im Umfang von je nochmals 1000 Wohnungen von vornherein jeder Realisierungschance. Nur wenn man sich vor Augen hält, dass die Stadtverwaltung 1939/40 noch mit einem raschen Ende des Krieges rechnete, lässt sich überhaupt erklären, dass Mayr und Sametschek eine derartige Energie in die Planung von riesigen Wohnungsbauprojekten investierten. 1939 kam ein weiteres Vorhaben hinzu, das diesmal ganz dem Muster der Werkwohnungen für die BFW folgte. Es ging um 1000 Wohnungen für die Arbeiter der MAN, die eine Schlüsselrolle in der Produktion von U-Boot-Dieselmotoren innehatte.<sup>441</sup> Mit dem technischen Direktor der MAN Otto Meyer fuhr Mayr im Februar 1939 nach Berlin, um beim Oberkommando der Marine Lobbyarbeit für Augsburg zu leisten.<sup>442</sup> Der Erfolg konnte sich zunächst sehen lassen: Das OKM zeigte sich bereit, die MAN-Werkwohnungen in ihr Bauprogramm aufzunehmen.<sup>443</sup> Die Stadt legte daraufhin einen Besiedlungsplan für eine ganze Trabantenstadt vor. Wiederum waren Planungsarbeiten und Finanzierungsverhandlungen schon zur Baureife fortgeschritten, als Material- und Arbeitermangel das Großprojekt scheitern ließen.<sup>444</sup> Daraufhin versuchten MAN und Stadtverwaltung zu retten, was zu retten war und beantragten ein drastisch reduziertes Bauprogramm. Bis 1940 konnten nach mühsamen Verhandlungen mit wechselnden Dienststellen um Freigabe von Arbeitskräften und Zuweisung von Material nur 168 Wohnungen gebaut werden.<sup>445</sup>

<sup>439</sup> StdAA 45/1285, Neue Heimat Schwaben an Sametschek, 25. 8. 1939.

<sup>440</sup> 1939 war erst knapp die Hälfte fertig; StdAA 45/998, Sametschek an Kellner, 7. 1. 1942.

<sup>441</sup> Die MAN war neben den Messerschmittwerken das bedeutendste Rüstungsunternehmen in Schwaben. Vgl. dazu Jeffrey Fear, Die Rüstungsindustrie im Gau Schwaben 1939–1945, in: VfZ 35 (1986), S. 193–216, hier v.a. S. 202 u. 207; s. auch Gerhard Hetzer, Unternehmen und leitende Angestellte zwischen Rüstungseinsatz und politischer Säuberung, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 551–591, hier S. 561–563.

<sup>442</sup> StdAA 45/1229, Vormerkung Mayr, 9. 2. 1939.

<sup>443</sup> Ebd., Gleue [OKM] an MAN [Abschrift], 11. 4. 1939.

<sup>444</sup> Ebd., Gleue an MAN [Abschrift], 28. 9. 1939.

<sup>445</sup> Ebd., Sametschek an MAN, 27. 7. 1940.

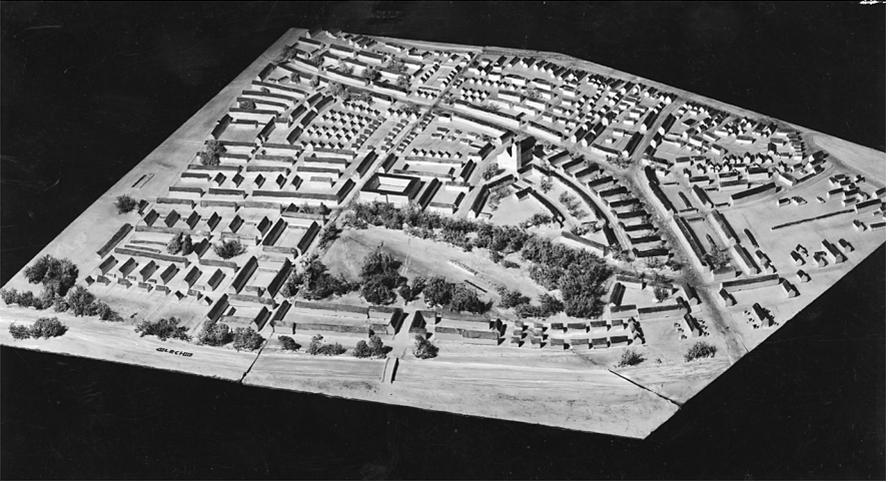


Abb. 10: Modell der geplanten Großsiedlung für die MAN-Arbeiter in Lechhausen

Unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft<sup>446</sup> blieb der in der Presse groß aufgemachte „Großangriff auf die Augsburger Wohnungsnot“<sup>447</sup> schnell auf der Strecke. Allerdings verfehlte die Zeitungspropaganda ihre beabsichtigte Wirkung, wie Kreisleiter Schneider vermerkte. Anstatt eine gewisse Beruhigung unter den Wohnungssuchenden zu verbreiten, stachelten die Ankündigungen sie nur zusätzlich an und nährten die Meinung, bald werde jeder einen Anspruch auf eine Neubauwohnung haben.<sup>448</sup> Die Finanzierung der Wohnungsbauprogramme stand in den Grundzügen – keine gering einzuschätzende Leistung angesichts der turmhohen Schranken, die das Reich zwischen den Kommunen und dem Kapitalmarkt errichtet hatte. Die anderen materiellen Benachteiligungen der Kommunen zugunsten der Aufrüstung konnte Mayr hingegen nicht umgehen. Schließlich machte das generelle Neubauverbot des GBBau den Bemühungen der Stadt ein Ende, ihre so mühsam auf den Weg gebrachten Wohnungsbauvorhaben in die Tat umzusetzen. Im Januar 1940 untersagte das Arbeitsamt sieben bereits angemeldete Teilprojekte, zusammen 967 Wohnungen und Siedlerstellen, deren Ausführung bis dahin mangels Arbeitskräfte nicht hatte begonnen werden können.<sup>449</sup>

Voller Stolz vermeldete die Stadtverwaltung, sie habe in den ersten fünf Jahren ihrer Tätigkeit zehneinhalb Millionen RM für den Siedlungs- und Wohnungsbau bereitgestellt.<sup>450</sup> Darin war freilich von den Verwaltungsausgaben für Wohnungs-

<sup>446</sup> Richard J. Overy, „Blitzkriegswirtschaft“? Finanzpolitik, Lebensstandard und Arbeits-einsatz in Deutschland 1939–1942, in: VfZ 36 (1988), S. 279–435.

<sup>447</sup> *Völkischer Beobachter*, 25. 2. 1939.

<sup>448</sup> StAA NSDAP Gauleitung von Schwaben Nr. 1/19, Politischer Lagebericht, 25. 4. 1939.

<sup>449</sup> StAA 45/1019, Arbeitsamt an städtische Bauverwaltung Augsburg, 22. 1. 1940.

<sup>450</sup> StAA NL Förg, Denkschrift über das Augsburger Wohnungswesen nach dem Stand vom Mai 1938, S. 29.

aufsicht bis hin zu Zinsverlusten aus den Anleihen der Jahre 1925–1930 jeder auch nur entfernt mit dem Wohnungsbau zusammenhängende Posten enthalten. Mit derlei Aufstellungen und in den für die Öffentlichkeit bestimmten Hochglanzberichten konnte sich die Stadtverwaltung wohl im Gefühl sonnen, tatkräftig an der Beseitigung der Wohnungsnot zu arbeiten. Ihre Bemühungen rüttelten indessen nicht am Ergebnis. Die nationalsozialistische Wohnungsbaupolitik in Augsburg war ein Fiasko. Vor dem ersten großen Programm von 1936 errichtete die Stadt zusammen mit der WBG 466 Wohnungen. Bis zum Ausbruch des Krieges kamen noch einmal 1649 dazu, in den ersten drei Kriegsjahren immerhin weitere 463. Zusammen sind das 2578 Wohnungen.<sup>451</sup> Mochte dieses magere Ergebnis auch im Wesentlichen auf die Rahmenbedingungen zurückgehen, die die Reichsregierung bestimmte – Stoeckle, Mayr, Kellner und Sametschek setzten mit Begeisterung auf die von vornherein falsche Strategie. Die aufwändigen Siedlungen genügten vielleicht den Anforderungen an ein anachronistisches Wehrbauernwunschkild, ihr Beitrag zu den Wohnraumproblemen einer Industriestadt stieß schnell an Grenzen. Kreisleiter Schneider schob die Schuld für die verfahrenere Situation der Stadtverwaltung in die Schuhe. Die neu erstellten Wohnungen seien zu teuer, das Stadtbauamt hemme wegen hoher Gebühren und kleinlicher Auflagen die private Baulust, anstatt einem großzügigen Wohnungsbauprogramm Priorität einzuräumen. Statt Siedlungshäuser würden geräumige 3- bis 4-Zimmer-Wohnungen gebraucht, deren Miete nicht über 30 RM liegen dürfe.<sup>452</sup> Zweifelsohne hatte sich die Stadtverwaltung durch die Versprechen der Siedlungspolitik der Reichsregierung blenden lassen. Dadurch trug sie dazu bei, dass die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Propaganda und Realität die Glaubwürdigkeit des Regimes allmählich erschütterte.<sup>453</sup> Schneider sah diese Gefahr bereits Mitte 1939 drohend am Horizont aufziehen: „Wenn es uns nicht gelingt, hier in absehbarer Zeit in einigermaßen befriedigender Weise Abhilfe zu schaffen, dann kann auf die Dauer gesehen die Ruhe und der Arbeitsfrieden nicht garantiert werden. Veröffentlichungen über große Wohnungsbauvorhaben sind ein ganz gefährlicher Bluff, wenn nicht die Tat dahinter steht und auch der einfachste Mann ist in der Regel im Stande, am Schluss des Jahres festzustellen, welcher Neuzugang an Wohnungen vorhanden ist.“<sup>454</sup>

Die anhaltend katastrophale Wohnungsnot trieb mit fortschreitender Kriegsdauer einen Keil zwischen Parteistellen und Stadtverwaltung. Kreisleiter Schneider berichtete, die Parteistellen würden von Wohnungssuchenden, die Hilfe und Unterstützung erwarten, direkt überlaufen. Zu fast einem Drittel beschäftige sich

<sup>451</sup> Zahlen für 1933–1935: wie Anm. 208; 1936–1939: wie Anm. 249; 1940–1942: StdAA 45/998, Sametschek an Kellner, 7. 1. 1942 (für 1942 wurden die Wohnungen gerechnet, die im Laufe des Jahres bezugsfertig werden sollten).

<sup>452</sup> StAA NSDAP Gauleitung von Schwaben Nr. 1/19, Stimmungsbericht für Monat Januar 1939; Politischer Lagebericht, 25. 2. 1939.

<sup>453</sup> Führer, Anspruch und Realität, S. 255.

<sup>454</sup> StAA NSDAP Gauleitung von Schwaben Nr. 1/19, Politischer Lagebericht, 26. 6. 1939. In ähnlichem Tenor auch BA NS 25/1017, Rechenschaftsbericht der Gauhilfe für Wohnungsbau im Gau Schwaben GmbH 1939, S. 14f. Die Gauhilfe war aus der Karl-Wahl-Spende hervorgegangen; Vorsitzender war Wahl selbst.

die Partei mit ihren Nebeneinrichtungen ausschließlich mit der Lösung von Wohnungsfragen.<sup>455</sup> Zweifelsohne befanden sich die örtlichen „Hoheitsträger“ in der Zwickmühle. Nach den Worten Schneiders hatte sich „die Bewegung die Betreuung aller Volksgenossen von ihrer Geburt bis zum Lebensende [...] zum Auftrag gestellt.“<sup>456</sup> Dieser totale Betreuungs- und Verfügungsanspruch musste bei den Notleidenden grenzenlose Erwartungen wecken. Das Vertrauen in die Partei stand also auf dem Spiel. Wenn es zum Konflikt zwischen Vermietern und Mietern bzw. Wohnungssuchenden kam, fehlten der Partei allerdings die Zwangsmittel, um eine Lösung durchsetzen zu können. Zudem sprach die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt dem nationalsozialistischen Gerechtigkeitsgefühl Hohn, denn trotz der immer drückenderen Knappheit standen Wohnungen leer. Deren Besitzer gaben sie nicht frei, weil sie fürchteten, bei späterem Bedarf keinen Ersatz zu finden, sie horteten Wohnraum für ihre Kinder oder leisteten sich mehr Wohnraum als sie eigentlich brauchten.<sup>457</sup>

In dieser Lage gingen die Ortsgruppenleiter oftmals rabiat vor und kümmerten sich nicht um die Gesetze. Zwei unter ihnen, die zugleich Ratsherren waren, drohten den Hausbesitzern mit der Stadtverwaltung. Johann Winklmüller forderte Mitte 1940 einen Vermieter ultimativ auf, seine demnächst freiwerdende Wohnung einer kürzlich remigrierten Familie zur Verfügung zu stellen. Für den Fall einer Absage drohte er, „die fragliche Wohnung der Stadtverwaltung aufgrund einer neuen Bestimmung zur Beschlagnahme zuzuführen. Nehme [sic] jedoch an, daß Sie aus Pietätsgefühl das nötige Verständnis hierfür aufbringen.“<sup>458</sup> Förg gegenüber pochte er recht vage auf eine ihm in Erinnerung befindliche Bestimmung, wonach deutsche Remigranten bevorzugt unterzubringen seien. Im Brustton des von der Rechtmäßigkeit seines Handelns Überzeugten verlangte er, die Wohnung zu beschlagnahmen: „Bei dieser Gelegenheit ist ein Exempel zu statuieren und den Herrschaften nahe zu legen, daß einfach bestehende Bestimmungen nicht umgangen werden können und daß vor allem die Partei dafür da ist, um die notleidende Bevölkerung in Schutz zu nehmen.“<sup>459</sup> Sehr zurückhaltend klärte ihn die Stadtverwaltung darüber auf, dass sie keineswegs ein allgemeines Recht zur Beschlagnahme ausüben durfte.<sup>460</sup> Diese Tatsache hatte sich unter den „Hoheitsträgern“ jedoch noch nicht herumgesprochen. Der Ortsgruppenleiter und Ratsherr Josef Weiß fügte seinen Schreiben an Hausbesitzer wegen Überlassung von frei werdenden Wohnungen an einen von ihm zu bestimmenden Mieter den Schlusssatz bei: „Vorsorglich habe ich beim Städt. Wohnungsnachweis, bei welchem ja die freiwerdenden Wohnungen gemeldet werden müssen, die fragliche Wohnung

<sup>455</sup> StAA NSDAP Gauleitung von Schwaben Nr. 1/19, Politischer Lagebericht, 25. 4. 1939; Politischer Lagebericht, 10. 10. 1941.

<sup>456</sup> Ebd., Politischer Lagebericht, 26. 1. 1939, S. 1a.

<sup>457</sup> Das Geld dafür stand ihnen nur deshalb zur Verfügung, weil die forcierte Aufrüstungspolitik die Konsumgüterproduktion so stiefmütterlich behandelt hatte; Führer, Anspruch und Realität, S. 248 f.

<sup>458</sup> StAA 45/943, Winklmüller an Friedrich Wiedemann, 31. 7. 1940.

<sup>459</sup> Ebd., Winklmüller an Förg, 9. 8. 1940.

<sup>460</sup> Ebd., Förg an Winklmüller, 11. 9. 1940.

einstweilen für die Vergebung sperren lassen.“<sup>461</sup> Auf die Belehrung hin, dass der Wohnungsnachweis dies nicht tun könne, beschwerte er sich voller Empörung bei Mayr. Er fühlte sich durch die Stadtverwaltung in seiner „Betreuungsaufgabe“ behindert. Wenn der Wohnungsnachweis nicht ordentlich durchgreifen könne, dann taue er eben nichts. Vermietern, die sich ihrer „moralischen Verpflichtung“ entzögen, müssten durch eine entsprechende ortspolizeiliche Vorschrift zur Räson gebracht werden.<sup>462</sup> Auch in diesem Fall zeigte die Stadt viel Verständnis für den aufgebrauchten Ortsgruppenleiter und vertröstete ihn auf das Wohnungsbauprogramm nach dem Krieg.<sup>463</sup>

Sowohl in der Sache als auch im Ton kennzeichnete die Initiative der beiden Ratsherren eine typisch nationalsozialistische Mischung aus Unkenntnis, Unverschämtheit, Vorurteilen, Aktivistenmentalität und Blindheit für die Folgen. Ihre Aktionen werfen zugleich ein bezeichnendes Licht auf die Ohnmacht der Partei, die Wohnungsnot nach nationalsozialistischer Manier zu lösen. Indem Winklmüller und Weiß die Stadt bestürmten, Wohnungen nach ihrem Gutdünken zu beschlagnahmen, redeten sie der Wiedereinführung der Wohnungszwangswirtschaft das Wort, wie sie zwischen 1918 und 1933 bestanden hatte.<sup>464</sup> Genau dagegen meldete Kellner schwere Bedenken an. Auf eine vertrauliche Mitteilung des DGT über entsprechende Überlegungen im Reichsarbeitsministerium antwortete der Zweite Bürgermeister mit großer Skepsis: „Man hat mit dem löblichen und auch heute immer wieder empfohlenen Versuch einer gerechten Verteilung des Wohnraums keinen einzigen Wohnraum, aber viel Streitigkeiten zwischen Amt und Parteien und unter diesen selbst geschaffen, ein Heer von Arbeitskräften einer fruchtbringenden Arbeit entzogen und demgemäß auch viel Geld mit wenig Nutzen ausgegeben.“<sup>465</sup>

Konnten Ortsgruppenleiter und Ratsherren noch durch beruhigende Briefe im Zaum gehalten werden, so galt dies nicht für den Leiter der Abteilung „Haus und Heim“ bei der Kreisverwaltung der DAF in Augsburg, August Marth. Dieser zeigte sich bei der Vergabe von freiwerdenden „Judenwohnungen“ besonders rühmig und trat als Anwalt seiner Interessenten äußerst selbstherrlich auf. Dies war zwar nicht ungesetzlich, verwaltungspolitisch wegen des „öffentlichen Charakters“ der DAF aber problematisch, wie Kellner in einer Beschwerde bei Wahl betonte: „Denn in der Bevölkerung entsteht [...] leicht der Eindruck, daß es sich bei der Organisation nicht etwa um die Vertretung von Parteien, sondern um behördliche Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben handle.“ Wenn der Wohnungsmangel einer Organisation bedürfe, so Kellner weiter, dann müsse das die Gemeinde sein. Die „halbamtliche Nebenverwaltung“ durch die DAF nannte er „ganz und gar untrag-

<sup>461</sup> StdAA 45/940, Rohmeder an Hauptaktenverwaltung, 28. 9. 1940.

<sup>462</sup> Ebd., Weiß an Mayr, 21. 9. 1940.

<sup>463</sup> Ebd., Mayr an Weiß, 2. 10. 1940.

<sup>464</sup> Vgl. dazu Karl Christian Führer, Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914–1960, Stuttgart 1995, S. 305–334, sowie Rolf Kornemann, Gesetze, Gesetze... Die amtliche Wohnungspolitik in der Zeit von 1918 bis 1945 in Gesetzen, Verordnungen und Erlassen, in: Kähler (Hg.), Geschichte des Wohnens, S. 599–723, hier S. 605–607 u. 633 f.

<sup>465</sup> StdAA 45/940, Kellner an DGT, 13. 12. 1941.

bar“, weil Marth sich um die staatlichen Gesetze nicht kümmerte und dadurch die Verwaltung mit in den Verdacht der Ungesetzlichkeit brachte.<sup>466</sup> Offenbar stießen in diesem Fall die Vermittlungsfähigkeiten des Regierungspräsidenten und Gauleiters an ihre Grenzen. Die Stadtverwaltung musste den Fall bis nach München tragen. Von dort aus wurde die DAF zwar zurückgepfiffen, dies hinterließ bei Marth jedoch keinen bleibenden Eindruck. Rückendeckung erhielt er von Schneider. Deshalb wandte sich Kellner scharf gegen den Kreisleiter und forderte ihn mit dem Hinweis auf eine Weisung Bormanns, dass die Partei sich aus der Wohnungsvermittlung herauszuhalten habe, dazu auf, dem Treiben Marths ein Ende zu setzen.<sup>467</sup> Schneider reagierte intern mit Unverständnis auf den Ukas der Parteikanzlei und ließ keinen Zweifel daran, dass er sich daran nicht halten, sondern „allen wohnungssuchenden Volksgenossen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen“ werde.<sup>468</sup>

Nachdem Kellner Wahls Stellvertreter Anton Mündler auf das renitente Duo gehetzt hatte, fanden sich beide zu einer Aussprache bereit, in deren Vorfeld sich Schneider als Unschuldslamm präsentierte. Weder er noch Marth hätten der Stadt ihre Zuständigkeit streitig machen wollen.<sup>469</sup> Doch auch die Aussprache, deren Ergebnis in Form einer förmlichen Vereinbarung festgehalten wurde, löste das Problem nicht. Wenige Wochen danach stellte Ott fest, dass die Verhandlungen mit der DAF die Unzuträglichkeiten nicht beseitigt hatten.<sup>470</sup> Auch Weiß ließ sich durch die Stadtverwaltung nicht beirren und wies trotz deren Mahnungen weiterhin eigenmächtig Wohnungen zu.<sup>471</sup>

Ingesamt endete die Auseinandersetzung mit einem Patt. Sie zeigt jedoch deutlich, dass die Stadtverwaltung nicht mehr in der Lage war, mit Hilfe von Wahl einen wirksamen Damm gegen die Übergriffe der Partei in ihre Verwaltungshoheit zu errichten. Schneider leitete aus den Erfahrungen die Konsequenz ab, dass die Partei die nötigen Befugnisse an die Hand bekommen müsse, um ihren gepredigten Grundsätzen Taten folgen zu lassen. Dazu gehöre, „daß man Notstände und Unzuträglichkeiten wenn auch nicht zu beseitigen, so doch zu mildern vermag. [...] [M]anchmal werden die Menschen direkt schikaniert und wenn sie dann zur Partei kommen, kann auch hier nichts anderes gemacht als ein Telefongespräch geführt werden, das dann meistens unter Hinweis auf gesetzliche Bestimmungen im negativen Sinn endet.“ Wenn die Wohnungsrationierung komme, müsse sie unbedingt der Partei übertragen werden, „damit [diese Aufgabe] nicht von vorne herein in einer Schematisierung und in Paragraphen erstickt.“<sup>472</sup>

<sup>466</sup> Ebd., Kellner an Wahl [RegPräs], 11. 2. 1942.

<sup>467</sup> Ebd., Kellner an Schneider, 9. 9. 1942. Das im Akt enthaltene unveröffentlichte Rundschreiben Bormanns vom 26. 7. 1942 berichtete von schlechten Erfahrungen mit den Gauwohnungskommissaren und gab die ausdrückliche Absage Hitlers an eine Wiedereinführung der Wohnungszwangswirtschaft wieder.

<sup>468</sup> StAA NSDAP Gauleitung von Schwaben Nr. 1/19, Politischer Lagebericht, 12. 9. 1942.

<sup>469</sup> StdAA 45/940, Mündler an Kellner, 7. 10. 1942; Kellner an Rohmeder, 15. 10. 1942.

<sup>470</sup> Ebd., Ergebnis der Aussprache zwischen Wohnungsnachweis (Rohmeder) und DAF (Marth) am 8. 12. 1942; Ott an Geschäftsleitung, 4. 1. 1943.

<sup>471</sup> Ebd., Kellner an Weiß, 19. 9. 1944.

<sup>472</sup> StAA NSDAP Gauleitung von Schwaben Nr. 1/19, Politischer Lagebericht, 10. 11. 1942; Politischer Lagebericht, 10. 12. 1942.

Augsburg bietet ein anschauliches Beispiel dafür, dass die „Volksgemeinschaft“ an der Wohnungssituation „konkret zuschanden ging“<sup>473</sup>. Alle Ansätze, Pläne und Bemühungen der Stadtverwaltung, die katastrophale Wohnungsnot auch nur einzudämmen, blieben letzten Endes vergeblich. Ursachen und Folgen konvergieren auf paradoxe Weise in Augsburg, denn die hier ansässigen Rüstungsbetriebe sogen tausende wohnungsbedürftige Arbeiter in die Stadt, und zugleich vernachlässigte das Reich die Förderung des Wohnungsbaus, um Arbeitskräfte, Rohstoffe und Finanzströme in den Rüstungssektor zu lenken. Das Missverhältnis zwischen lokalem Bedürfnis an Wohnraum und den Prioritäten des Reiches verschärfte sich noch durch die zentralen Steuerungsmittel und Restriktionsmöglichkeiten des Vierjahresplans. Das Schicksal dieser misslichen strukturellen Vorgaben teilte Augsburg mit jeder anderen Großstadt im Reich. Die Gauhauptstädte, und Augsburg an vorderster Stelle, komplizierten dieses Feld jedoch noch zusätzlich. Einerseits schmälerten sie ihre geringen Handlungsmöglichkeiten, indem sie einen Großteil ihrer planerischen, materiellen und finanziellen Kräfte in städtebauliche Monumentalbauten investierten. Nun hätte sich die Stadtverwaltung schwerlich dem Führerbefehl entziehen können, aber trotz aller Bedenken machte sich Mayr das hybride Projekt zu eigen. Ebenso begeistert, wie die Stadtverwaltung mit den Siedlungsbauten die falschen Weichenstellungen vorgenommen hatte, sprang sie auf den Zug des von Hitler befohlenen Gauforums auf. Andererseits eröffnete der Ausbau Augsburgs zur Gauhauptstadt auch Möglichkeiten für den Wohnungsbau, nach denen sich andere Stadtväter die Finger geleckt hätten. Der finanzielle und ideelle Kredit Augsburgs reichte durch den Gunstbeweis Hitlers schlagartig aus, um in einer ganz anderen Größenordnung planen und vor allem die nötigen Partner für die riesenhaften Wohnungsbauprojekte interessieren zu können.

Eine weitere Ursache für die Misserfolge der Stadtverwaltung auf dem Feld des Wohnungsbaus lag zweifelsohne darin, dass sie sich nicht von den irrationalen Prämissen der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik freizumachen vermochte. Diese ideologische Blindheit für die adäquate Wohnbauförderung hielt solange an, wie unter nationalsozialistischer Ägide überhaupt noch etwas anderes als Notbaracken gebaut werden konnten. So forderte Steinhauser, nachdem die Förderung des Reiches das Schwergewicht auf den Bau von Kleinstwohnungen gelegt hatte, dass die Stadt davon gänzlich die Finger lassen solle, weil eine Familie mit Kindern beiderlei Geschlechts mindestens vier Räume benötige.<sup>474</sup> Samet-schek kommentierte lakonisch, dass die einseitige und radikale Forderung nach einem Baustopp für Kleinstwohnungen zugunsten der Förderung größerer „Volkswohnungen“<sup>475</sup> der Beseitigung der Wohnungsnot nicht den allerbesten Dienst erweise: „Ich fürchte, man schüttet auch hier wieder das Kind mit dem

<sup>473</sup> Führer, Anspruch und Realität, S. 252.

<sup>474</sup> StdAA 45/943, Steinhauser an Mayr, 3. 12. 1938. Steinhauser erbot sich sogar, eine Denkschrift für das RMA zu verfassen, um die in seinen Augen unsinnige Förderung einzustellen.

<sup>475</sup> Die waren allerdings mit 35–42 m<sup>2</sup> ebenfalls winzig und dürftigst ausgestattet; Harlander, Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine, S. 97.

Bade aus – wie das seinerzeit der Fall war – als nur noch Siedlungen gebaut werden sollten. Von den gegebenen Tatsachen veranlasst, musste dies bekanntlich wieder stark zurückgesteckt werden.“<sup>476</sup>

Obwohl die radikalsten und aussichtsreichsten Planungsansätze ihre Verwirklichung nicht mehr erfuhren, lassen sie die Grundzüge einer für die NS-Zeit spezifischen Verwaltungsrealität auf dem Gebiet des Wohnungsbaus hervortreten. Den größten Erfolg versprachen Mischfinanzierungen, die neben der kaum nennenswerten Reichsförderung Kredite von Seiten der Wirtschaft oder der halbstaatlichen Betriebskonglomerate unter der Kontrolle mächtiger Parteigliederungen heranzogen. Das Interesse der Bürgermeister und Baureferenten, bei den maßgeblichen Akteuren möglichst viel für ihre Stadt herauszuschlagen, verstärkte die polykratische Zersplitterung auf dem Gebiet des Bauwesens selbst von Seiten der Leidtragenden her. Nolens volens verschärfte sie dadurch noch die Entformalisierung und Politisierung dieses Verwaltungsfeldes. Letztlich hinterließ das NS-Herrschaftssystem überall seine Spuren. Zudem bedurfte es einer enger auf die kriegerischen Prioritäten des Reiches zugeschnittenen Begründung, um größeren Wohnungsbauvorhaben die nötige politische Rückendeckung im zähen Kampf um Arbeitskräfte und Rohstoffe zu erhalten. In Augsburg wie auch in München nutzte die Stadtverwaltung die Umbaupläne, um ihren Wohnungsproblemen mit einer „totalen“ Lösung zu begegnen.<sup>477</sup> Freyberger träumte sogar von ganzen Vorstädten, in denen er 10 000 Menschen ansiedeln wollte und die als architektonische Glanzleistung des Baureferats das städtebauliche Pendant zum Gauforum gebildet hätten.<sup>478</sup> Die zweite Erfolg versprechende Strategie bestand in der Kooperation mit Rüstungsfirmen, ein Weg, den Augsburg ebenfalls nicht alleine beschritt.<sup>479</sup>

Mayr musste jedenfalls Umwege in Kauf nehmen, um ein zentrales kommunales Problem mit Aussicht auf Erfolg anzupacken. Trotz aller Schwierigkeiten, die sich ihm dabei in den Weg stellten und die sämtliche Anläufe letztendlich scheitern ließen, boten sich einem findigen Oberbürgermeister unter bestimmten Bedingungen immer noch Wege, Wohnungsbauprojekte im großen Stil anzuschließen. Unter dem weiten Dach des Vierjahresplans und der Aufrüstung fanden sich Nischen für kommunale Entwicklungspolitik. Auch dies gehört zur administrativen Normalität im „Dritten Reich“. Doch allein mit Camouflage ließ sich dies nicht bewerkstelligen. Vielmehr suchte Mayr als gewissenhaftes Stadtoberhaupt und zutiefst überzeugter Nationalsozialist nach Lösungen, die zugleich der Stadt und dem Reich nutzten.

---

<sup>476</sup> StdAA 45/943, Sametschek an Mayr, 13. 1. 1939.

<sup>477</sup> Vgl. für München Haerendel, Kommunale Wohnungspolitik, S. 386.

<sup>478</sup> StdAA 45/167, Freyberger an Sametschek, 18. 4. 1941.

<sup>479</sup> Haerendel, Kommunale Wohnungspolitik, S. 392.